

Bezugspreis:
Erscheinung 70 Goldpfennig, monatlich
3.- Goldmark voraus zahlbar. Unter
Kreuzband für Deutschland, Danzig,
Saar- und Rheingebiet, Oesterreich,
Litauen, Luxemburg 4.25 Goldmark,
für das übrige Ausland 5.25 Goldmark
groß Retail.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Woll und Feil“ mit „Gie-
lung und Kleingarten“, sowie der
Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“
und Frauenbeilage „Frauenkammer“
erscheint wochentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 20. Juni 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Distanz-Geislerh. Debitenkasse Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Kopier-
stelle 0.70 Goldmark. Reklamartik-
el - Goldmark. „Reine Anzeigen“
das fettdruckte Wort 0.20 Gold-
mark (auflässig zwei fettdruckte
Worte), jedes weitere Wort
0.10 Goldmark. Stillengelände das
erste Wort 0.10 Goldmark, jedes
weitere Wort 0.05 Goldmark.
Wörter über 15 Buchstaben zählen
für zwei Worte. Familienanzeigen
für Abonnenten Reile 0.30 Goldmark.
Eine Goldmark - ein Dollar geteilt
durch 4.24.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 1/4 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Stürmische Fortsetzung der Kammerdebatte

Die Sitzung mehrmals unterbrochen. - Die Erklärung der Sozialisten. Herriot antwortet dem Nationalen Block.

In der gestrigen Sitzung der Kammer wurde die Debatte über die Regierungserklärung mit einer Interpellationsrede des früheren Generalsekretärs des Budgets und Marineministers im letzten Poincaré-Kabinett, Bokanowski, eingeleitet, der sich besonders über die Finanzprobleme verbreitete. Der Redner bemühte sich um den Nachweis, daß die Finanzlage Frankreichs, dank der bisherigen Politik, glänzend sei und daß die Regierung Herriot infolge der Ermächtigungsgesetze Poincarés eine sehr günstige Erbschaft übernommen habe.

Diese Ausführungen riefen wiederholt lebhafteste Protestrufe bei der Linken hervor und schließlich zerfiel mit einer kurzen Zwischenbemerkung Genosse Vincent-Auriol, der Finanzspezialist der sozialistischen Fraktion, dieses unvorsichtige Selbstlob Bokanowskis, indem er erklärte:

„Die innere Schuld betrug am 31. Dezember 1919 173 Milliarden, hingegen am 31. Dezember 1923 277 Milliarden. Das sind 104 Milliarden mehr, wozu noch ein Defizit von 77 Milliarden kommt, das dem Egoismus und der Beschränktheit der früheren Regierung zuzuschreiben ist, insbesondere aber der des Redners, der niemals den Mut hatte, seine Tätigkeit als Budgetberichterhalter aufzugeben, obwohl er das Defizit kannte. Bei alledem hat Bokanowski auch noch vergessen, daß die frühere Mehrheit den Frank mit einem Wert von 70 Centimen übernommen, hingegen mit 25 Centimen zurückgelassen hat.“ (Lebhafte Beifall links.)

Schließlich wandte sich Bokanowski unter dem Beifall der Minderheit gegen die vom Linkenblock geplante Kapitalsteuer, die die neben den bereits bestehenden Einkommensteuern den Wiederaufstieg der Industrie gefährde.

Sodann verlas namens der Sozialistischen Partei Genosse

Paul Jaure

eine Erklärung, in der es heißt, die Sozialistische Partei glaube, daß durch die Wahl vom 11. Mai in Frankreich nicht nur eine Verschiebung der Parteistärke eingetreten sei, sondern daß das Volk zu verstehen gegeben habe, daß auch auf politischem Gebiet eine notwendige Änderung vorgenommen werden solle. Frankreich habe vor allem bedeutet, daß es in Frankreich und ganz Europa die grausamen Folgen des Krieges und des vollkommen mangelhaften Friedens beseitigen wolle. Frankreich wolle einen dauerhaften Frieden. Es wolle in einer

von Mißtrauen und Haß gereinigten Luft

atmen. Es habe begriffen, daß der Wiederaufbau verbunden sei mit dem allgemeinen Fortschritt der Friedensfräfte und der Demokratien, und daß der wirtschaftliche Ausgleich und der Währungsausgleich als Endbedingung des dauerhaften Friedens die ungestörte Arbeit und das gegenseitige Vertrauen der Völker voraussetze. Diesen Willen habe das französische Volk am 11. Mai zum Ausdruck gebracht. Einer Politik, die nationalitären Egoismus, die Mißtrauen und Haß geschaffen habe, habe es ein Ende bereitet, um an ihre Stelle eine Politik zu setzen, die aufgebaut sei auf dem Gedanken internationaler Solidarität. Die Sozialistische Partei glaube als Beauftragte der Arbeitermassen zu handeln, wenn sie der gegenwärtigen Regierung, die entschlossen sei, das Werk der Reparationen durchzuführen, Vertrauen schenke. Die Arbeiter seien jedoch intelligent genug, um zu beurteilen, daß eine vierjährige Mißwirtschaft nicht in wenigen Wochen beseitigt werden könnte. Die Sozialistische Partei erwarte von der neuen Regierung, daß sie sich frei gebe; sie verlange von ihr nicht, daß das Programm der Partei, sondern daß das ihre durchgeführt werde.

Sie werde der Regierung so lange treu bleiben, solange sie ihren eigenen Grundsätzen und ihren Verpflichtungen treu bleibe. Die Sozialistische Partei habe volle Freiheit gegenüber der Regierung, wie die Regierung selbst gegenüber der Partei frei sei. Die Sozialistische Partei habe auf keinen ihrer Grundsätze verzichtet. Sie wolle lediglich ihren Beistand leihen, von dem

Willen nach Frieden, Gerechtigkeit und Fortschritt

beseit. Nach dieser Erklärung, die von den Parteien des Linkenblocks mit Beifall aufgenommen wurde, wurde die Sitzung unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung ergriff der ehemalige Minister für Öffentliche Arbeiten Le Troquer das Wort.

So wie kein ehemaliger Ministerkollege das Loblied der Finanzpolitik des Nationalen Blocks gesungen hätte, verteidigte Le Troquer die Außenpolitik der früheren Regierung, zu deren Wortkämpfern er bekanntlich gehört hatte. Er widerholte die früheren Anklagen Poincarés gegen Deutschlands schlechten Willen und versuchte zu beweisen, wie ertüchtig die Ausbeutung der Ruhrbergwerke für Frankreich geworden sei. Schließlich warnt Le Troquer die neue Regierung vor einer Aufgabe der Eisenbahnregie und vor einer militärischen Räumung des Ruhrgebiets. Die Außenpolitik Poincarés sei vom Volke gebilligt worden. Die dreiste Behauptung tiefstürmischen Widerspruch bei der Mehrheit hervor.

Sodann ergriff

Herriot

unter lebhaftem Beifall der gesamten Linken das Wort und führt aus:

„Weider muß ich darauf dringen, daß die Debatte heute abend zu Ende geht, damit ich morgen meine Reise nach London antreten kann. (Sehr gut!) Die Aufgabe der Regierung ist schwieriger als lediglich Früchte zu ernten. Man kann der Regierungserklärung nicht vorwerfen, daß sie nicht klar und genau sei. Die Regierung würde auf die Macht verzichten, wenn die Umstände es ihr nicht gestatten würden, fernerhin auf eine wirklich demokratische Mehrheit zu bauen. (Lebhafte Unterbrechungen rechts, Beifall links.)“

Während der Rede Herriots kommt es zu derartig heftigen Unterbrechungen seitens der Rechten, daß die Sitzung fast zu einer Schlägerei

ausgeartet wäre. Painlevé mußte infolgedessen etwa um 7 Uhr die Sitzung kurz unterbrechen.

Nach Wiederaufnahme führt Herriot fort:

Die vorgelegten Belegenwürfe müsse man diskutieren, aber es habe keinen Wert, sich zu engloppidischen Debatten herzugeben, in deren Verlauf man alle Fragen anspreche, ohne auch nur eine einzige zu lösen. Er erlaube die Mehrheit, Arbeitsgeist zu entfalten und sich nur auf die Diskussion der notwendigen Reformen zu beschränken. Aus diesem Grunde wolle er heute nur drei Fragen behandeln: Die Frage der Abschaffung der Watschaft am Vatikan, die Finanzfrage und die Frage der Außenpolitik.

Er sei kein Antiklerikaler, aber er müsse feststellen, daß er schon 1919 bei der Erörterung der Watschaft beim Vatikan sich hiergegen ausgesprochen habe. Sein Vorhaben habe nichts mit Antiklerikalismus zu tun. Er habe nicht die Absicht, die Gefühle der Katholiken zu verletzen, und er erkenne wohl an, was die katholische Religion Gutes geschaffen habe und noch schaffe. Er müsse aber den Grundsätzen treu bleiben, die er früher vertreten habe.

(Eine Stimme rechts: Ein Regierungshaupt darf nicht sprechen und handeln wie ein Führer der Opposition!) Herriot erwidert: Ein Führer der Opposition darf nicht sagen, was er nicht durchführen kann, wenn er die Regierung übernimmt. (Lebhafte andauernder Beifall auf der ganzen Linken.) Ich habe feinerzeit gegen die Wiederherstellung der Watschaft beim Vatikan gekämpft. Ich habe es getan im Interesse des religiösen Friedens. (Lebhafte Unterbrechungen rechts.) Und wenn man daran denkt, daß Frankreich mit dem gleichen Wohlwollen Katholiken, Protestanten, Israeliten, Mohammedaner und Freidenker behandeln will, kann man den Schluss ziehen, daß kein Anlaß vorliegt, den Papst wie einen Souverän zu behandeln. (Lebhafte Beifall und Bewegung.) Der Royalist Baudry d'Asson ruft dazwischen: Wie hält man es in anderen Ländern? Herriot antwortet: Frankreich hat das unbeschränkte Recht, sich lediglich von seinem eigenen freien Geist leiten zu lassen. (Lebhafte Beifall auf der ganzen Linken. Stürmische Unterbrechungen rechts.) Die höheren Interessen Frankreichs sollen doch wohl nicht geopfert werden? Ich jedenfalls glaube das nicht. (Lebhafte Beifall, Unterbrechungen rechts.) Ein Abgeordneter der Rechten ruft dazwischen: Je mehr man die katholische Religion angreift, um so stärker wird sie. (Wärm links.) Herriot: Ich habe keine Ueberzeugung. Als Angegriffener muß ich mich darauf beschränken, meine eigene Ueberzeugung auszusprechen. (Lange Unterbrechungen rechts.)

Die Rechte unterbricht weiter den Ministerpräsidenten häufig, was Gegenandgedungen seitens der Linken hervorruft. Als der Abgeordnete General de Saint-Just, der der Demokratisch-Republikanischen Union angehört, eine Bemerkung macht, ertönt von Links der Ruf: „Die Morgengenerale sollen schweigen!“ Es entsteht ein ungeheurer Tumult. Die Diener müssen eingreifen, um Handgreiflichkeiten zu verhindern. Nur mit Mühe kann sich der Kammerpräsident Gehör verschaffen, der den Abgeordneten, der diese Bemerkung gemacht hatte, auffordert, sich zu weiden und seine Ueberzeugung zu erläutern. Es meldet sich der kommunistische Abg. Renaud, der erklärt, er habe von dem sprechen wollen, was sich während des Krieges ereignet habe. Diese Erörterung wird als unbefriedigend erklärt und viele Abgeordnete der Rechten dringen auf die Ministerbank ein und schreien: Rösler! Rösler! Rösler! In diesem Augenblick hebt der Kammerpräsident Painlevé die Sitzung auf. Damit ist der Tumult jedoch noch nicht beendet. In dem großen Stimmengewirr ist es unmöglich, die Ueberzeugungen zu verstehen, die seitens der Kammermitglieder von rechts und links gemacht werden. Die Sozialisten haben die größte Mühe, Tätigkeiten zu verhindern. Erst als der Abg. Renaud das Wort ergriff, um sich zu entschuldigen, lebrt allmählich die Ruhe wieder, so daß der Kammerpräsident Painlevé um 10 Uhr die Sitzung wieder eröffnen kann, um Ministerpräsident Herriot Gelegenheit zu geben, seine Rede fortzusetzen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 10 Uhr teilt Painlevé in seiner Eigenhaft als Vorsitzender mit, daß der Abgeordnete Renaud seine Ueberzeugungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen habe. Er fordert die ganze Kammer auf, Zurückhaltung zu üben. (Beifall.) Herriot schließt sich

dem Protest des Vorsitzenden sowie seiner Aufforderung an. Als verschiedenen Jurufe Verschiebung der Sitzung verlangen, bittet Herriot darum, daß man ihm seine Ausführungen beenden läßt.

Die Forderung, fährt er fort, eine Watschaft beim Vatikan zu unterhalten, sei in keiner Weise berechtigt. Im Orient sei es Frankreich, daß auf Grund alter Rechte die Aufgabe habe, die Katholiken zu schützen. Frankreich habe die katholische Welt zu beschützen und nicht die katholische Welt Frankreich. Herriot wendet sich sodann den Ausführungen Bokanowskis zu. Die Regierung werde in der energischsten Form gegen die Budgetordnung aufzutreten, und sie sei entschlossen, in das Budget keinerlei Ausgaben einzufügen, die nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt seien. Herriot wendet sich dann

gegen die Verleumdungen der Presse

der früheren Mehrheit. Diese Kampagne sei im übrigen nicht nur in Frankreich, sondern auch im Auslande aufgetreten. Die Regierung sei entschlossen, den Franken energisch zu verteidigen. Denn es gebe keine gute Politik, ohne ein wirtschaftliches und politisches Vertrauen. Frankreich hat uns, während man daran arbeitet, es zu ermutigen (stürmische Zwischenrufe rechts und in der Mitte, andauernder Beifall links), kein Vertrauen bewiesen und es hat recht gehabt, dieses Vertrauen zu zeigen. Wir stehen am Vorabend bedauerlicher Schmitzigkeiten. Das Jahr 1925 wird ein gefährliches Jahr sein und viel Vorsicht bei der Verwaltung erfordern. Er tritt sodann den Ausführungen Le Troquers entgegen. Le Troquer müsse etwas Bescheidener zeigen, wenn er der Regierung Vorschläge geben wolle.

Der frühere Wiederaufbauminister Reibel greift nunmehr in die Debatte ein, um vorzulegen, daß Deutschland mit sämtlichen Wiederaufbaufragen schlechten Willen gezeigt hätte. Es sei unzulässig, daß Abgeordnete versuchen, die französische Regierung anzuklagen, um Deutschland zu entschuldigen. (Neuer Wärm.) Die Dokumente zeigen, daß Frankreich stets den besten Willen (?) an den Tag gelegt habe, während Deutschland das Gegenteil getan habe. (Neue Unterbrechung.)

Herriot ergriff wieder das Wort: Ich brauche mich gegen Beschuldigungen nicht zu verteidigen (lebhafter Beifall links). Es ist eine leichte und banale Anklage zu sagen, man hätte die Interessen Deutschlands unterstützen wollen. (Zurufe in der Mitte und rechts.) Herriot tritt alsdann im einzelnen in jahrelangen Ausführungen Reibel entgegen. „Ich sage Sie an“, ruft er aus. (Lebhafte Beifall links.) Sie, der Sie uns eine Lektion von Patriotismus geben wollen, daß Sie 750 Millionen, die man dem Lande schuldet, einfach geopfert haben.“ (Lebhafte Beifall auf der äußersten Linken und der ganzen übrigen Linken.)

Der frühere Kriegsminister Maginot verlangt, daß die Regierung die Befehung des Ruhrgebiets aufrecht erhalte.

Herriot erwidert, daß wenn man sich an die Durchführung der im Sachverständigenbericht enthaltenen Bestimmungen über die Durchführungsgarantien hielt, die Befehung 37 Jahre dauern werde. Herriot erklärte, daß das friedliche Frankreich die Frage der Zahlungen und der Sicherheit lösen könne. Frankreich hoffe, daß die deutsche Demokratie begreife, daß sie wie Frankreich an der Lösung dieser Frage interessiert sei.

Frankreich wolle nicht nur bezahlt sein, es wolle auch nicht mehr angegriffen werden. Er, Herriot, sei sicher, daß er an der Spitze der englischen Regierung den überausst und intelligentesten und den sichersten Freund finden werde. Man habe oft Worte vernommen, die man hätte ruhiger auslegen können. Verlangte man doch nicht von zwei großen Völkern, daß sie sich ähnlich seien, solange man nur, daß sie sich erkennen und sich zu einer wirkungsvollen Zusammenarbeit im Interesse der anderen Völker zusammenschließen.

Wenn ich mit Ihrem Vertrauen nach London abtreifen darf, dann werde ich mein Land mit ganzer Kraft verteidigen.

Der rechtsstehende Abgeordnete Rollin ruft dazwischen: „Und die Sicherheit?“

Herriot erwidert: „Ich habe mich darüber ausgesprochen. Wir werden uns gegenseitig unterstützen, und wenn wir von der großen Mehrheit dieses Landes unterstützt werden, dann werden wir unsere Aufgabe erfüllen, wie ich sie auseinandergelegt habe. Wenn wir aber keinen Erfolg haben, dann wird die Ordnung dadurch nicht gefördert werden.“

Bei Beendigung der Rede Herriots klatschen die Abgeordneten der Linken stehend Beifall. Der Ministerpräsident wird, als er auf seinen Sitz zurückkehrt, von sämtlichen Ministern beglückwünscht. Darauf wird die Sitzung unterbrochen.

In der neuen Sitzung wird vermutlich nur über die noch einzubringenden Tagesordnungen verhandelt werden.

Die Abstimmung erfolgt voraussichtlich erst in späterer Nachtstunde.

Die Besprechungen Herriot-Macdonald.

Paris, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Herriot wird bereits morgen, Freitag, spät abends in London eintreffen. Die Besprechungen mit Macdonald werden Sonnabend und Sonntag erfolgen. Herriot wird voraussichtlich von maßgebenden französischen Finanzsachverständigen begleitet sein, da er beabsichtigt, auch die Frage der Kriegsschulden mit dem englischen Premier zu erörtern.

Etatberatungen in Thüringen.

Der Finanzminister gegen Annahme des Sachverständigengutachtens.

Weimar, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Haushaltsplan des Landes Thüringen, der Ausgaben in Höhe von 83,7 Millionen Goldmark vorsteht und einen Fehlbetrag von 7,4 Millionen aufweist, gelangte in der Donnerstagsitzung des Landtages zur Beratung. Der Finanzminister erbat in seiner Erörterung die Leistungen der unter der Leitung des so viel angefeindeten Sozialdemokraten Walter Loeb stehenden Thüringischen Staatsbank an, bezeichnete die Herausgabe von Schatzanweisungen durch den damaligen sozialdemokratischen Finanzminister Hartmann als eine äußerst geschickte Maßnahme und brachte besonders zum Ausdruck, daß das Land Thüringen durchaus kreditfähig sei. Der in Thüringen durchgeführte Abbau der Beamten habe keine wesentlichen Ersparnisse gebracht, es sei zweifelhaft, ob die im Etat eingelegten Beträge an Grundsteuer eingehend würden, da Stundungsgesuche und Gesuche um Erlass der Steuer durch die Landwirtschaft in großen Mengen eingingen. Das Land müsse aber darauf bestehen, die Gelder hereinzubekommen, wenn es selbst die jetzige schwierige Zeit überwinden wolle. Zur Deckung des Fehlbetrages schlug der Finanzminister vor, daß von den 18 000 Schülern der Waisenschulen, von denen jetzt ungefähr die Hälfte schuldlos sind, nunmehr 15 000 zur Zahlung des Schulgeldes verpflichtet werden sollen. Ferner sollten die Beamtengehälter von Gruppe III an eine Kürzung erfahren. Durch die Annahme des Sachverständigengutachtens entfielen auf das Land Thüringen eine Belastung von 15 Milliarden Goldmark, die von der Wirtschaft getragen werden müssen. Da das eine unumgängliche Belastung wäre, müsse dahin gewirkt werden, daß es nicht zu einer Annahme des Sachverständigengutachtens komme.

Genosse Frölich wandte sich in einer groß angelegten Rede gegen die Ausführungen des Finanzministers zur Reichspolitik und legte dar, daß die Stellung der thüringischen Regierung zum Sachverständigengutachten keine einheitliche sei, weil der völksparteiliche Minister Leuthäuser sich im Reichsrat für die Annahme des Sachverständigengutachtens ausgesprochen habe. Besonders verwahrte sich Frölich gegen die Kürzung der Beamtengehälter und hielt eine solche erst bei den oberen Gruppen für angebracht. Er machte positive Vorschläge zur Befreiung des Fehlbetrages. Schließlich brachte er noch zum Ausdruck, daß die sozialdemokratische Fraktion zur Regierung kein Vertrauen habe, daß sie wohl an den Beratungen des Etats teilnehme, um für die bedrückten Volksteile das Mögliche zu erreichen, daß sie aber gegen den Etat stimmen müsse.

Der Redner des Landbunde, Baum, gab die Erklärung ab, der Thüringer Landtag habe den Anschluß Thüringens an Preußen für unumgänglich notwendig. Die Wirtschaft und die Finanzen Thüringens müßten ins Hintertreffen geraten gegenüber denen anderer Länder, wenn nicht der Anschluß an ein anderes größeres Land vollzogen würde.

Die Rede des thüringischen Finanzministers bedeutet eine Blamage für das neue Kabinett und den Ordnungsbund. Während des Wahlkampfes waren die Maßnahmen der Genossen Loeb und Hartmann von den Ordnungsbündlern in Grund und Boden kritisiert worden, man hatte ihnen sogar unfauberes Geschäftsgebahren unterworfen. Heute muß der Finanzminister des Ordnungsbundes zugeben, daß die Finanzpolitik dieser Sozialdemokraten nicht nur einwandfrei, sondern sogar „äußerst geschickt“ gewesen ist. Damit enthüllt sich die verlogene und skrupellose Schmutzpropaganda, die den thüringischen Reaktionsären in den Sattel verhalf, in ihrer ganzen Erbärmlichkeit.

Sehr bemerkenswert sind die Ausführungen des Finanzministers über die Grundsteuer. Solange die sozialdemokratischen Minister die Grundsteuer eintrieben, wurde das Märchen ausgebreitet, das thüringische Kabinett bedrohe die Freiheit der Landwirtschaft und die reaktionären Heber bestärken die Landwirte in ihrem Bestreben, die Grundsteuer

zu sabotieren. Die Steuerfabrikation ist dieselbe geblieben, die Minister haben gewechselt — und plötzlich ist die Grundsteuer ein notwendiger Bestand der Finanzen und die Sabotage ein Verbrechen!

Am klüglichsten mutet es aber an, daß der thüringische Finanzminister vor versammeltem Hause gegen die Annahme des Sachverständigengutachtens wettern kann, während sich sein Kollege im Reichsrat für seine Annahme ausspricht. So etwas wie Homogenität scheint es in neugeborenen Ordnungsbundministerien nicht zu geben und man scheint es als zum guten Ton gehörig zu betrachten, wenn man die Methoden, die man früher gegen die Sozialdemokraten angewandt, nun gegeneinander zur Anwendung bringt.

Das Ende einer Tendenzlüge.

Kein weiterer Personalabbau bei der Eisenbahn.

Die Telegraphen-Union verbreitete ein Interieur ihres Korrespondenten mit dem englischen Eisenbahnsachverständigen Sir William Acworth. Diese Veröffentlichung sollte den Eindruck erwecken, als ob Sir Acworth eine weitere Verminderung des Eisenbahnpersonals für nötig halte. Sir Acworth dementierte diese Tendenzlüge. Trotzdem befahl die Telegraphen-Union die Stirn, ihre Behauptung aufrechtzuerhalten, trotzdem ihr gesagt wurde, daß ihr Vertreter das Interieur unter falschem Vorwand erschlichen hat. Nun wird durch Wolff-Bureau folgende Feststellung verbreitet:

„Zu den neuen Tendenzmeldungen der Telegraphen-Union über die angebliche Absicht der Sachverständigen, einen neuen Personalabbau der Reichsbahn zu fordern, wird der „Völkischen Zeitung“ aus bester Quelle folgendes mitgeteilt:

Die Sachverständigen, insbesondere die beiden Eisenbahnsachverständigen, bestreiten auf das entschiedenste, daß eine solche Forderung aufgestellt oder auch nur diskutiert worden sei. Bei den Beratungen des Sachverständigenkomitees um die Jahreswende war die Frage des Personalabbaus in Erwägung gezogen worden. Da aber inzwischen von der deutschen Regierung selbst der Personalbestand der Reichsbahn stark abgebaut worden ist, halten die Sachverständigen seine weitere Verminderung nicht mehr für erforderlich. Es besteht bei ihnen daher auch keinerlei Absicht, das Problem etwa erneut in Erwägung zu ziehen. Alle anderslautenden Nachrichten entsprechen nicht den Tatsachen.“

Damit ist die Tendenzlüge der Telegraphen-Union zusammengebrochen.

Zur Umwandlung der Reichsbahn.

Nach einem von der Sozialdemokratischen Reichsbeamtenversammlung angenommenen Antrag soll die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der kommenden Umstellung der Reichsbahn mit aller Entschiedenheit dafür eintreten, daß den Beamten und Beamtenanwärtern ihre wohlverdienten Reichsbeamtenrechte dem heutigen Beamtenrecht entsprechend gewährleistet bleiben. Der Deutsche Eisenbahnerverband und die Reichsgewerkschaft haben sich zur Klärung dieser wichtigen Frage inzwischen mit einer Eingabe an die Reichsregierung, die Parteien des Reichstags, sowie an die Regierungen der Länder gewandt. Sie verlangen, daß vor der Vorlegung der in Betracht kommenden Gesetzesentwürfe die Frage in Verbindung mit den Vertretern der Reichseisenbahnbeamten besprochen wird.

Vielfach wird innerhalb der Beamtenschaft auch die Befürchtung laut, daß mit der Umwandlung der Reichseisenbahn die Beamten in Zukunft nur noch als Angestellte mit Beamtenlohn zu betrachten sind. Das würde bezüglich der Beförderung (jetzt Reichsbesoldung), Pensionen, Hinterbliebenen und dergleichen eine andere rechtliche Stellung bedeuten. Wie wir dazu hören, bleiben die wesentlichen Rechte gesichert, wenn auch aus dem Reichseisenbahnbeamten ein Beamter eigener Art wird. Bei der starken Betonung des kaufmännischen Gesichtspunktes durch die Sachverständigen und bei der politischen Bedeutung, die nach der Umwandlung der Reichseisenbahn in der ungestörten Aufrechterhaltung des Be-

triebes liegt, werden qualifiziertere Arbeit und Disziplin in der Reichsbahn eine besonders wichtige Rolle spielen. Um so selbstverständlicher ist es, daß das gesamte Personal im Rahmen der außenpolitischen Notwendigkeiten wirtschaftlich und rechtlich zufriedengestellt wird.

Ein weiterer Abbau des Personals kann, wie wir ferner hören, schon im Hinblick auf die sich mehrenden Unglücksfälle keineswegs unten, sondern höchstens oben, im Bureaubetrieb, vorgenommen werden.

Von Anstand, Mut und anderem.

Henning vor Gericht. — Er klagt einen Parteigenossen an.

Am Donnerstag stand der Nationalsozialist Bod vor Gericht. Kläger war der Nationalsozialist Reichstagsabgeordneter Major a. D. Henning. Bod hatte in der Völkischen Freiheitspartei behauptet, daß Henning bei der Ermordung des Grafen Wirbich, des deutschen Geschäftsträgers in Moskau gestützt sei, daß Henning den Verband Nationaler Soldaten beim Minister Seoding denunziert und daß er sich schließlich geweigert habe, bei einer Protestkundgebung auf dem Platz vor dem Reichstag nach der Ermordung Minister Rathenaus zu sprechen, aus Furcht, daß die Menge Henning verprügeln werde.

Die interessante Klage kam leider nicht zum Austrag. Henning erschien zu der Verhandlung mit einem großen Hakenkreuz auf dem Ueberrock.

Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Friedländer, ersuchte den Abgeordneten, das Hakenkreuz zu entfernen.

Da er im Gerichtssaal als Verhandlungsleiter das Tragen dieses Abzeichens nicht dulde. Er bezeichnete das Verhalten des Privatklägers als ungehörig.

Henning weigerte sich trotzdem, das Hakenkreuz zu entfernen mit der Erklärung, daß keine Bestimmung vorhanden sei, die das Tragen des Hakenkreuzes in Deutschland verbiete. Das Hakenkreuz sei das offizielle Abzeichen der Völkischen Freiheitspartei, er lege es sogar zu den Reichstagsitzungen an und trage es unbeanstandet bei all seinen Verhandlungen mit Behörden.

Amtsgerichtsrat Friedländer verlangte nun abermals in energischer Weise, daß der Privatkläger sich seinen Anordnungen zu fügen habe und erklärte, es sei unerhört, daß ein Abgeordneter die Würde des Gerichtes nicht respektiere. Ein solches Verhalten deute mindestens auf eine mangelhafte Erziehung hin. Das Hakenkreuz sei für weite Kreise des deutschen Volkes außerordentlich erregend und es habe dem Deutschen Reich mehr Schaden gebracht, als irgend etwas anderes.

Henning weigerte sich zum zweitenmal, der Aufforderung, das Abzeichen fortzunehmen und hierauf erklärte der Vorsitzende, daß er den Privatkläger in eine Ordnungsstrafe nehmen werde.

Als der Verteidiger Hennings, Rechtsanwalt Dr. Sad, vermittelnd eingreifen wollte, kam es auch zwischen ihm und dem Vorsitzenden zu einem Zusammenstoß, da Amtsgerichtsrat Friedländer darauf aufmerksam machen mußte, daß man mit einem Hakenkreuz nicht vor dem Richter erscheine.

Rechtsanwalt Dr. Sad erklärte, seinem Mandanten habe es ferngelegen, das Gericht etwa durch das Hakenkreuz provozieren zu wollen und an diese Bemerkung knüpfte sich eine sehr heftige Debatte, in deren Verlauf Amtsgerichtsrat Friedländer auch dem Anwalt drohte, ihn in eine Ordnungsstrafe nehmen zu wollen.

Weiter spielte sich die Situation zu, als nunmehr Henning in sehr scharfer Weise sich von dem Vorsitzenden politische Beleidigungen verbat, die er als Reichstagsabgeordneter nicht nötig habe. Als Amtsgerichtsrat Friedländer nunmehr erregt aufsprang, erklärte Henning, der Richter möge sein Amt niederlegen, wenn er seine Kerven nicht im Zaum zu halten imstande sei.

Nunmehr erklärte Rechtsanwalt Dr. Sad, daß er den Vorsitzenden als besagten ablehne und dieser Erklärung schloß sich der Beklagte Bod an, mit der Begründung, daß ihm als Mitglied der Völkischen Freiheitspartei, sowohl das Hakenkreuz als auch die politische Richtung heilig sei.

Nach diesen Vorfällen war eine Verhandlung nicht mehr möglich. Der Vorsitzende verkündete gegen den Abgeordneten Henning die Verhängung einer

Ordnungsstrafe von 50 Goldmark.

Es wurde beschlossen, die Angelegenheit an die zuständige Kammer des Landgerichts zur weiteren Entscheidung zu übergeben.

Bleibe im Lande!

Von Sylvio de Maya.

Die Reichsregierung hat endlich die Ausreiseperrre aufgehoben.

„Hier Meter lang, zwei Meter dick —“, dieser neue Berliner Schlagler wurde überall gelungen, wo sich Herr Laddus Anorke blicken ließ. Allerdings mit Unrecht; denn Anorkes Länge betrug höchstens 1 Meter 10, wohingegen sein Leibumfang mit vier Metern nicht zu gering bemessen war. Das war des Guten etwas zu viel, und auch der Hausarzt war dieser Ansicht und verordnete Laddus Anorke eine vierwöchige Kur in Marienbad. Nun liegt dieser Badeort bekanntlich in der Tschechoslowakei, und der Weg ins Paradies (Ausland) ist für uns Deutsche mit 500 Rentenmark gepflastert. Und 500 Rentenmark aufs Pflaster (Finanzamt) zu werfen, war Laddus Anorke bei der augenblicklichen Geldnot, schlechten Börse, steuerlichen Belastung usw. usw. nicht gelonnen. Und folglich tat Anorke, was 99% Prozent aller Ausreisefähigen tun, er begab sich zum Kreisarzt.

Dieser untersuchte ihn aufs gründlichste und fand bis auf Unternahrung und erhebliche geistige Defekte so ziemlich alle Grundlügen, auf die ein amtssärztliches Gewissen eine Ausreisegenehmigung empfehlen konnte. Nun war Laddus Anorke aber ein Sichergeber. Er wußte wohl, daß die Autorität eines Amtsarztes dazu ausreichte, mit Hilfe des § 51 einen Raubmörder den Klauen des Henkers zu entreißen. Aber ob diese Autorität auch gegen die Klauen des Finanzamtes genüge? Sicherlich halber begab sich Anorke deshalb in das Reichsernährungsministerium, wo ihm bescheinigt wurde, daß er durch die ungeheure Menge Nahrungsmittel, die er täglich zu sich nehme, die Ernährungstage des deutschen Volkes auf das schwerste gefährde. Das Polizeipräsidentium bestätigte Anorke, daß ein Mann mit solchem Leibumfang einen ganzen Bürgersteig für sich beanspruche, also das personalisierte Verkehrshindernis sei. Das Staatskommissariat für öffentliche Ordnung und Sicherheit aber erklärte sogar, daß ein so provozierender wohlgenährter Mann wie Anorke in einer Zeit, in der viele Volksgenossen gezwungen seien, am Hungertuche zu nagen, die öffentliche Ordnung und Sicherheit auf das schwerste gefährden könne.

Mit obrigkeitlichen Anfeuern reichlich versehen, begab sich nun Laddus Anorke siegesicher in die geheiligten Räume des Finanzamtes. Er erhielt die Nummer 842 und stand 7¼ Stunden später vor dem gestrengen Beamten, dem er mit wohlwollendem Lächeln die überschüssig geordneten Bescheinigungen überreichte. Der Beamte überflog sie und überflog Anorke. Dann heßte sich die Amtsmiene des Herrn Steuerobersekretärs auf, und mit einem Bogen, das mit einem Gluck in Zwerchfell begann und als Brüllen im Munde endete, schrie er: „Glänzendes Bild! Da sieht man, wie leistungsfähig die anderen Beamten arbeiten!“ Und der Grund dieses Heiterkeitsausbruches? Durch das viele Stehen, Warten und Herumlaufen bei

den verschiedenen Behörden war Laddus Anorke spindel dünn geworden. Jambal spindel dünn; ein Räucherofen hatte direkt die üppigen Formen einer Sultansfavoritin gegen ihn.

„Nun, Herr Anorke!“ meckerte der Beamte, „gehen Sie halt ins Ausland lieber bei Mutter und lassen Sie sich bei ihr aufpäppeln!“

Laddus Anorke fühlte seine Aussichten schwinden, aber gleichzeitig seine Energie wachsen und seinen Trost ins Unermessliche steigern.

In seinem Gehirn reifte ein neuer Plan. Er hatte gehört, daß Journalisten von der Zahlung einer Ausreisebüße befreit würden. Glänzend! Laddus Anorke mußte sich also journalistisch betätigen. Dabei war allerdings eine Schwierigkeit: Es mußte sich eine Zeitung finden, die einen Artikel von ihm annahm. Dieses aber war nicht sehr wahrscheinlich. Indessen, ein wahrhaft energischer Charakter sieht im Notfall auch vor dem verzweifeltsten Schritt nicht zurück: Laddus Anorke gründete eine eigene Zeitung. Für 3,50 M. kaufte er sich einen Kinderdruckkasten. Dann schrieb er zwei Schilder; eines für das Haus und eines für die Wohnungstür:

Verlag und Redaktion von „Anorkes Familienblatt“.

Bestenfalls Elter gab er keiner Zeitung in der weissen Voraussetzung, daß der Leserkreis des Blattes doch nur aus seiner engeren Familie bestehen würde. Dann ging Laddus Anorke daran, den Vorkartikel zu schreiben. Die Ueberschrift lautete in extra fettdruckten Lettern:

Die Schwimmetel der Ausreiseperrre!!!

Offener Brief an den Herrn Reichsfinanzminister.

Und dann legte Anorke los. In Worten, die teils Brechts „Lieschen“, teils dem „Götz von Berlichingen“ entnommen waren.

Das erste fertiggestellte Exemplar der Zeitschrift sandte er dem Herrn Reichsfinanzminister; getreu der alten Erfahrung, daß man bei einer Behörde immer den tiefsten Eindruck macht, wenn man sie angreift. Aber auch einige Theater erhielten Probenummern und besaßen sich ihrerseits Referentensorten für die nächsten Premieren einzufenden.

Nun begab sich Anorke aufs Finanzamt, legitimierte sich als Herausgeber und Chefredakteur des „Anorkeschen Familienblattes“, legte dem Beamten jovial ein Exemplar der Zeitung, in welcher der ominöse Artikel mit Bleistift angestrichen war, auf den Tisch und erhielt seine Ausreisegenehmigung. Das Ziel war erreicht: Er, Laddus Anorke, gehörte zu den wenigen Ausgewählten, denen es vergönnt war, die Grenzen seines Vaterlandes zu überschreiten.

Auf dem Heimwege kaufte er sich eine Zeitung. Er freute sich schadenfroh darauf, die schon ständige Kuriosität „Beschwerden über die Handhabung der Ausreiseperrre“ zu lesen. Doch was erblickten seine Augen? In seinen Lettern stand da: „Die Ausreiseperrre aufgehoben!“ Anorke war betroffen. Statt aller Mühen und Laufereien hätte er sich auf den Divoon legen können

und das Refusiat wäre schließlich dasselbe geworden: Heute kann jeder Schulze und Müller ins Ausland reisen, folglich auch Anorke. Es war nur ein schwacher Trost, daß vielleicht der Artikel im „Anorkeschen Familienblatt“ das Reichskabinett zur Aufhebung der Ausreiseperrre veranlaßt haben könnte.

Doch dessen ungeachtet, Anorke betrat seine Wohnung und begann die Koffer zu packen. Da erschien ein Herr, der ihm die Mitteilung brachte, daß gegen Herrn Laddus Anorke ein Strafverfahren wegen öffentlicher Beleidigung des Herrn Reichsfinanzministers (begangen in einem Artikel der ersten Nummer des „Anorkeschen Familienblattes“) eröffnet sei. Weil aber Anorke offensichtlich Vorbereitungen zu einer Auslandsreise treffe, liege Verdacht vor, und deshalb sei der Angeklagte sofort zu verhaften.

Und das einzige „Ausländische“, das Laddus Anorke nun zu sehen bekam, waren „Spanische Gardinen!“

Entdeckung einer neuen Menschenrasse!

Eine geheimnisvolle Rasse mit goldfarbigen Haaren, blauen Augen und weißer Haut ist in den Urwäldern von Darien im östlichen Panama entdeckt worden. Schon seit Jahrhunderten ging das Gerücht davon, daß „blonde Indianer“ im Innern von Darien hausten. Die Spanier des 16. Jahrhunderts hatten von ihnen gehört und sprachen in ihren Berichten von „Albinos“. Die englischen Seeräuber des 17. Jahrhunderts verbreiteten ebenfalls das Gerücht, aber Genaueres war über diese weißen Indianer noch nie erforscht worden. Deshalb unternahm die sogenannte March-Darien-Expedition, der neben dem bekannten Forschungsreisenden Richard O. Marsh der Ethnologe Professor Baer von der Smithsonian-Institution und der Ichthyologe Dr. Brewer vom New Yorker Naturwissenschaftlichen Museum angehörten, eine fünfmonatige Forschungsreise in das wenig bekannte Innere des Landes, und nach vielen Mühen gelang es ihnen, die weißen Indianer zu entdecken. Zwei Exemplare dieser seltsamen Rasse werden mit nach New York gebracht werden.

„Die weißen Indianer, die ich mitbringe,“ schreibt Marsh in einem vorläufigen Bericht, „sind ein Jüngling von 19 Jahren und ein Mädchen von 21; sie sind goldhaarig, blaue Augen und haben eine weiße Haut, die mit feinen weißen Haaren bedeckt ist. Sie machen durchaus nicht den Eindruck von Albinos, sondern sehen so aus, wie man sich primitive weiße Menschen des Nordens vorstellt. Wir haben viele weiße Indianer auf einer primitiven Kulturstufe entdeckt und sind einer uralten Kultur auf die Spur gekommen. Wir haben sehr bedeutende ethnologische Sammlungen mitgebracht und auch Filmaufnahmen hergestellt, so daß man ein deutliches Bild von dem Aussehen und der Lebensweise dieser geheimnisvollen Rasse, die seit Jahrhunderten gesucht wurde, erhalten wird.“

Einstein hält die Todesstrahlen für einen Bluff. In einer Unterredung, die Albert Einstein mit einem Mitarbeiter der „Voss. Zig.“ hatte, wies der große Physiker zunächst darauf hin, daß die unvollkommenen Zeitungsnachrichten keine Grundlage einer wissenschaftlichen Beurteilung bieten können. Die ersten Mitteilungen, die von einer Todeswirkung auf Lebewesen sprachen, sind nun selbst

Stressemann und Herriot.

Friedliches Nebeneinander beider Nationen.

Weslau, 19. Juni. (W.B.) Aus Anlaß des Landtagswahlkampfes in Wehrhau sprach Reichsaussenminister Dr. Stressemann in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in Weslau. Seine Ausführungen bezogen sich bezüglich des Sachverständigenrats in den Gedankenfragen, die er vor kurzem in Karlsruhe ausgeführt hat. Unter Bezugnahme auf die Darlegungen Herriots bei Gelegenheit der Regierungserklärung in der französischen Kammer betonte der Reichsaussenminister, daß er keinen Zweifel daran habe, daß die neuen Männer in Frankreich die bisher gegen Deutschland angewandte Methode der Bekämpfung nicht fortzusetzen gedenken. Er begrüßte die Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten über die Amnestierung der Gefangenen, betonte jedoch, daß die psychologischen Wirkungen einer solchen Maßnahme nur dann in Deutschland eintreten könnten, wenn die Amnestie eine ausnahmslose sei. Wer gegen die Truppen eines Staates, der eine Befehlsbefugnis besitzt, sich verkehrt, möge in den Augen des Staates sich eines schweren Vergehens schuldig machen, man dürfe aber nicht vergessen, wer sich einer von ihm nicht als verträglich angesehenen Begegnung auch mit Leib und Leben widersetzt, handle nicht aus unedlen Motiven. Es wäre falsch, wenn Frankreich irgendwelche Märtyrer schaffen wolle.

Die Erklärung Herriots bezüglich der Räumung des Ruhrgebiets lasse er dahin auf, daß das Infrastehen aller mit dem Sachverständigenrat verbundenen Befehle und damit der Beginn der deutschen Leistungen aus dem Sachverständigenrat mit der Aufhebung der Befehlsbefugnis Hand in Hand gehe. Damit werde, wenn auch die übrigen nicht verträglich besetzten Gebiete geräumt würden, der Status quo wieder hergestellt sein. Wenn dazu die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität Deutschlands komme, so würde das Tor zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland wieder geöffnet sein, und wir würden uns in heftigen Kämpfen nach Friedensschluss in den Jahren, die bisher gegenüber Deutschland die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln gewesen sind, das bewahrt haben, worauf es in der Gegenwart am meisten ankommt, das Reich und seine Einheit. Deutschland erhoffe von einer logischen und fairen Durchführung des Sachverständigenrats einige Jahre ruhiger Entwicklung, wenn auch bei angestrengtester Tätigkeit zur Hervorbringung der Leistungen. Wollte Frankreich mit diesem Deutschland als ruhiger Nachbar leben, so würde das jedermann in Deutschland begrüßen, der in einem friedlichen Nebeneinander beider Nationen die Voraussetzung der friedlichen Entwicklung der europäischen Verhältnisse erblicke. Ohne Voreingenommenheit, aber auch ohne Illusion werde das deutsche Volk in dieser Beziehung die Taten der neuen französischen Regierung erwarten.

Was uns fehlt.

Minicrarbeit gegen die Reichsregierung.

Der ganze Sammer der Politik des deutschen Bürgertums faßt einen An, wenn man die Stellung des nach rechts neigenden deutschen Bürgertums in den für die Zukunft Europas entscheidenden Wochen überblickt. Jetzt muß Deutschland eine klare, eindeutige und feste Haltung zeigen. Die deutsche Regierung muß sicher sein, daß ihr nicht plötzlich — mitten in der Arbeit für die Durchführung der Gutachten — der Boden unter den Füßen weggezogen wird.

Die beschränkten politischen Kräfte des noch beschränkteren rechtsstehenden Bürgertums wissen in dieser Situation nichts Besseres zu tun, als Stimmung für eine neue Regierungskrise zu machen. Der „Tag“ redet von der Absicht „parlamentarischer Kreise“, die Verhandlungen über den Bürgerblock wieder aufzunehmen, nachdem er zuvor die — natürlich erfundene — Nachricht lanciert, die Sozialdemokratie wolle in die Regierung. Er redet von

non dem Entdecker dementiert worden. Dagegen ließ es der Erfinder ausdrücklich unmissverständlich, daß sein Geheimnis darin bestehe, Explosionen von Munitionslagern, Ausschaltung der magnetischen Fündung bei Explosionsmotoren (Flugzeugmotoren, Schiffsmotoren usw.) aus großer Distanz herbeizuführen zu können. Einsteinstoffe keine persönliche Meinung dahin zusammen, daß es sich selbstverständlich nur um elektromagnetische Wellen handeln kann. Diese aber können nicht auf metallisch abgeschirmte Objekte wirken (d. h. auf Objekte, die vollständig oder zum Teil von einer, wenn auch sehr dünnen Metallschicht umgeben sind, denn elektromagnetische Wellen von nicht allzu kleiner Wellenlänge werden beim Auftreffen auf eine Metallschicht vollständig absorbiert). Es ist unmöglich, dasjenige Energiequantum auszubringen, welches zur Erzeugung kurzwelliger Strahlen, die noch auf weite Entfernungen metallische Körper durchdringen könnten, erforderlich ist. Die Art, wie diese Entdeckung in die Öffentlichkeit lanciert wurde, läßt den Verdacht begründet erscheinen, daß es sich um nichts anderes handelt als um einen bluff.

Auch eine „Kritik“. Ueber den jüngsten Premierabend in der Tribüne veröffentlicht die „Kreuz-Zeitung“ folgende Kritik: „Die Tribüne brachte am Mittwoch abend das Lustspiel „Doktor Stieglitz“ von Armin Friedmann und Ludwig Herz zur Erstausführung. In Anbetracht dessen, daß es sich um eine rein jüdische Angelegenheit handelt, die für unsere Leser kein Interesse hat, nehme ich von weiteren Betrachtungen Abstand. Erich Schmidt.“

Wir hoffen, daß Schmidt sich irrt. Denn wenn der Teil der „Kreuz-Zeitungs“-Leser, deren feudaler Stammbaum sich im Semibotha findet, kein Interesse für jüdische Angelegenheiten haben sollte, so würde das einen Mangel an Viecht und Familieninnem beweisen, den man gerade bei Angehörigen der semitischen Rasse am wenigsten erwarten sollte. Oder hat die dauernde Bekümmerte der „Kreuz-Zeitung“ die Leute auch in dieser Hinsicht tarumpelt?

Kloppod-Ausstellung in der Staatsbibliothek. Der Verein der Freunde der Staatsbibliothek veranstaltete am 29. Juni um 5 Uhr, einen wissenschaftlichen Les, bei dem Dr. Constanus einen Vortrag über Kloppod hielt. Gleichzeitig findet eine Ausstellung von Werken und Schriftstücken Kloppods statt.

Ein internationaler Räte-Kongress liegt in London. Aus aller Herren Länder sind Gelehrte, Ingenieure, Erdbebenforscher, Arbeiter usw. zusammengelassen, um über das Problem der Räteorganisation und seine Bedeutung für die Erhaltung von Lebensmitteln zu sprechen. Die Erreichung des absoluten Räte-Zustandes bildet den Gegenstand mehrerer Vorträge. Außerdem werden die Fragen der Räteorganisation, die Mittel befaßt, die aus den Dominionen auf die Ausstellung nach Wembley gebracht worden sind.

Die Arbeitspflicht in Bulgarien. Die in Bulgarien neu eingeführte Arbeitspflicht gilt nicht nur für Handarbeiter, sondern auch für die Kreise der Intellektuellen. Die soeben eingeleitete „Arbeitsmobilisierung“ bezieht neben den bürgerlichen Berufs Personal der Staatsämter, Mitglieder des Nationaltheaters und auch Mitglieder der Heiligen Synode, der jüdischen und muslimischen Organisationen als „Dienstpflichtige“ ein.

Das größte Kino der Welt. In Liverpool im Staate Ohio wurde vor kurzem ein riesiges Kino eingeweiht, das den Rekord erreicht, in seinem Ausmaßen sonnenlos zu sein. Es hat 16 000 Sitze und 8000 Stühle. Seine Errichtung kostete fast eine halbe Million Dollar.

„Breitscheids Intrigen in Paris“, um Stimmung zu machen für einen Bürgerblock. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ unternimmt es der preussische Landtagsabgeordnete Dr. Deereberg-Quisburg, die Beschlüsse des Reichstags im Ausland zu diskreditieren und die Diskontinuität der Regierung anzuzweifeln. Alles nur zu dem Zweck, den ersehnten Bürgerblock doch noch zustande zu bringen.

Diese Gattung von Politikern ist ein hoffnungsloser Fall. Sie wollen den Bürgerblock; denn sie wollen ein brutales, plummes, beschränktes Unternehmerregime gegen die Arbeiterschaft aufrichten. Sie sind immer noch so beschränkt, wie sie vor dem Kriege waren, und sie werden es bleiben. Gott bewahre Deutschland vor der Regierung dieser Politiker!

Die Mainzer Eisenbahner begnadigt.

Köln, 19. Juni. (W.B.) Wie der „Köln. Jg.“ aus Mainz berichtet wird, werden die in dem großen Eisenbahnerprozess vom 7. Mai 1923 zu Gefängnis verurteilten Eisenbahnspektoren Hertling, Lüdke und Krimel, der Eisenbahner Richard Leineweber, der Betriebsvorsteher Klinger, sowie die Gewerkschaftssekretäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes Lebert, Bösecker und Ludwig in Freiheit gesetzt werden. Ferner sind der zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Assessor Hegetich und der Zugführer Zimmermann begnadigt worden.

Die Rückkehr der St. Martin de Ré-Gefangenen.

Paris, 19. Juni. (W.B.) Die durch französische Kriegsgerichte im besetzten Gebiet verurteilten 45 Deutschen, die nach Gefängnissen in Frankreich, in der Hauptsache nach der Insel St. Martin de Ré verbracht worden waren, sind, wie bereits berichtet, nach der zwischen der deutschen Botschaft und dem französischen Ministerium für Auswärtiges getroffenen Vereinbarung, der längere Zeit andauernde Verhandlungen vorausgingen, nunmehr in Gefängnisse des besetzten Gebietes übergeführt worden. Legationssekretär v. Rintelen von der deutschen Botschaft hatte gestern in Nancy Gelegenheit, mit jedem einzelnen der 45 Gefangenen zu sprechen, und die Wünsche jedes einzelnen entgegenzunehmen. Die Gefangenen selbst erklären, daß sie auf dem Transport in zuvorkommender Weise behandelt wurden. Nach der Ueberführung der Gefangenen verbleibt nunmehr kein einziger Deutscher, der im besetzten Gebiet während des passiven Widerstandes, oder nachher verurteilt wurde, in Frankreich.

de Selves Senatspräsident / Eine Schlappe der Linken

Paris, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Senat hat am Donnerstagnachmittag mit 151 gegen 134 Stimmen den Senator de Selves, den früheren Innenminister des Kabinetts Poincaré, als Nachfolger Doumergues zu seinem Präsidenten gewählt. De Selves war der Kandidat der republikanischen Mittelgruppen und der Rechten. Der Ausgang der Wahl bedeutet für die Linke, ähnlich wie die Wahl Doumergues, eine Niederlage, der zwar praktisch nicht viel Bedeutung zukommt, die aber als ein Symptom für die Stärke der Opposition gegen das Ministerium Herriot und die Politik des Linksfortschritts gewertet werden muß. Das Abstimmungsresultat zeigt, daß eine Anzahl der Mitglieder der demokratischen Linken, die über die absolute Mehrheit im Senat verfügt, für den Kandidaten der Gegenseite gestimmt oder aber sich der Wahl ferngehalten haben muß.

Der unterlegene Kandidat der Linksopposition war Senator Biennens-Martin. Gegen 5 Uhr wurde das Resultat in der Kammer bekanntgegeben. Die Rechte erhob sich von den Sitzen und rief: „Es lebe der Senat!“ Die Linksparteien entfachten einen ungeheuren Tumult. Der Sozialist Rauter rief: „Wir fürchten den Senat nicht!“

De Selves war im Jahre 1911 Minister des Äußeren unter Caillaux und fiel diesem nach Agadir in den Rücken. Seitdem besteht eine unerbittliche Feindschaft zwischen den beiden und de Selves wurde immer mehr zum Vertrauensmann der Rechten. Poincaré machte ihn Ende März d. J. bei der Umbildung seiner Regierung zum Minister des Innern, um die Wahlen zu „machen“. Aber alle Beeinflussungskünste de Selves zugunsten des Nationalen Blocks schlugen fehl.

Die Wahl dieses Mannes gegen den Vertrauensmann der Linken, Biennens-Martin, den bisherigen Vizepräsidenten des Senats und Vorsitzenden der demokratischen Linken, bedeutet zweifellos eine peinliche Schlappe für die Linke, obwohl die politische Bedeutung des Senats relativ gering ist. Merkwürdigerweise ist de Selves Protestant, so daß die zwei höchsten Funktionen des Staates, die Präsidentschaft der Republik und die Präsidentschaft des Senats, nunmehr von Angehörigen einer kleinen Religionsminderheit bekleidet sind.

Geständnis der Matteotti-Mörder.

Rom, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Mordeffäre Matteotti erfolgen fast jeden Tag neue Verhaftungen. Die Regierung sieht keinen anderen Ausweg mehr, als die Auffklärung des Mordes mit aller Kraft zu betreiben. Besondere Bedeutung wird der Verhaftung eines Oesterreichers namens Otto Kirzel beigelegt, der den mutmaßlichen Mörder Dumini zur Beobachtung Matteottis beauftragt hatte. Kirzel wird auch der direkten Teilnahme an der Ermordung verdächtigt. Seine Frau soll ausgefragt haben, daß ihr Mann an der Verschleppung Matteottis beteiligt sei. Dumini und Fillipelli haben den Blättern zufolge ihre Beteiligung an dem Mord eingestanden.

Das ministerielle Mörderblatt stellt sein Erscheinen ein.

Rom, 19. Juni. (I.L.) „Corriere Italiano“, die durch die Mordeffäre sehr kompromittierte Zeitung, hat sein Erscheinen eingestellt. Das Blatt hat innerhalb zehn Monaten 7 Millionen Lire verbraucht, die aus dem Geheimfonds des italienischen Innenministeriums stammen. Bei der Verhaftung des Direktors des Blattes, Filippelli, wurden laut „Popolo Italia“ außer einem dicken Bündel Banknoten auch noch Dokumente gefunden, von denen einige so schwerwiegender Natur waren, daß sie Mussolini selbst überhandt wurden.

Weltkampf um die Arbeitszeit.

Die britische Arbeiterregierung schirmt den Achtstundentag

Brüssel, 19. Juni. (Eig. Draht.) Bei Eröffnung der Internationalen Genossenschaftsausstellung in Gent sprach der englische Arbeitsminister Genosse Tom Shaw, als offizieller Vertreter der englischen Regierung und als Delegierter der englischen Gewerkschaften an der Eröffnungsfeier, über die Bedeutung der englischen Arbeiterregierung. Tom Shaw wies darauf hin, daß die englischen Arbeiter zwar die Regierung, aber nicht die Macht in Großbritannien übernommen haben. Aus diesem Grunde könne das Arbeitskabinett nicht sozialistisch regieren, sondern nur eine Reihe von Maßnahmen durchführen, die im Interesse der

Armen und Notleidenden Englands liegen. Tom Shaw verdrückte sich ferner ausführlich über das besondere Interesse der Arbeiterregierung für die Durchführung der Washingtoner Arbeitszeitkonvention. Die Koalitionsregierung und die ihr folgende konservative Regierung unterließ die Ratifikation der Konvention, dagegen werde das Labour-Kabinett in einigen Wochen einen Gesetzentwurf für die Ratifikation einbringen. Tom Shaw erklärte wörtlich: „Wir sehen jetzt, daß

auf die deutschen Arbeiter ein Druck ausgeübt wird, zehn Stunden zu arbeiten

mit der Begründung, hierdurch die Reparationsleistungen zu ermöglichen. Falls der deutsche Arbeiter zehn Stunden arbeitet, wird der Kapitalismus in den anderen Ländern behaupten, daß ohne Verlängerung der Arbeitszeit eine Konkurrenz mit den deutschen Unternehmern nicht mehr möglich ist. Wenn wir eine solche Entwicklung zulassen würden, so wären nicht nur die deutschen Arbeiter durch den abhässlichen Weltkrieg bestraft, sondern auch die Arbeiter in England, Frankreich und Belgien. Aus diesem Grunde wird in England ein Arbeitsgesetz erforderlich. Man kann natürlich die Arbeiterregierung, die einen derartigen Gesetzentwurf einbringt, stützen, aber es gibt doch noch ein „Später“ und dieses Wörtchen „später“ bleibt unseren Gegnern in der Regel süßen, weil sie genau wissen, daß wohl eine Arbeiterregierung davongejagt werden kann, aber daß

Die Arbeiter ein bleibender Nachfaktor

sind. Das Ziel einer Arbeiterregierung muß in erster Linie auf die Erhaltung des internationalen Friedens gerichtet sein. MacDonald hat jetzt in zwei Monaten mehr für den Frieden getan als 50 konservative Regierungen. Das französische Volk hat jetzt klar begriffen, von welchen Gedanken die Labour-Regierung befeelt ist. Den Beweis hierfür liefert auch das Ergebnis der französischen Wahl.“

Am Ende seiner Rede wies Shaw auf die großen Schwierigkeiten hin, welche der Verwirklichung der Ziele des kämpfenden Proletariats noch im Wege stehen.

Der Mord an Leutnant Graff.

Die belgische Beweisaufnahme vor dem Stettiner Gericht.

Stettin, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die Zeugenvernehmung im Mordprozess Graff wird am vierten Verhandlungstage zunächst mit dem Verhör der Zeugin Agnes Reiß, geb. Hedemann, die im Falle ihrer Mutter beschäftigt war, fortgesetzt. Sie hat die von den belgischen Behörden der Tat Angehörigen vor der Ermordung Graffs nicht genannt, ebensowenig den belgischen Polizeiagenten Schmitz. Vor deutschen und belgischen Kriminalbeamten hat die Zeugin ausgesagt, daß sie nichts mißlie. Später hat sie aber Reinhardt und Genossen vor dem belgischen Gericht schwer belastet. Die gravierenden Stellen in ihrer damaligen Aussage, die von dem Dolmetscher verlesen werden, betreffen: Klein, Rieble und Grabert waren am Tage nach der Ermordung Schmitz in ihrem Hotel, wo sie laut von Rache sprachen und sich äußerten, sie hätten von Leutnant Reinhardt den Auftrag, den Schmitz zu erledigen. Am Abend der Ermordung Graffs seien Klein, Rieble und Reinhardt in dem Wohnzimmer gewesen und hätten Zivil angezogen. Reinhardt hätte bestimmt die Rollen verteilt. Das Verbrechen war so, daß man eine Vorbereitung zur Tat daraus ersehen konnte. Reinhardt habe der Mutter der Zeugin zu verstehen gegeben, daß sie über nichts sprechen dürfe. Nachdem die Schiffe gefahren waren, kamen Rieble und Klein zurück. Rieble rühmte sich, den tödlichen Schuß auf Graff getan zu haben. Die Schüsse von Klein, welche durch die Scheibe gingen, hätten nicht getroffen. Es fiel auch die Bemerkung,

es war nicht der Richtige,

aber wir finden auch Schmitz; und das war noch nicht alles. Klein äußerte, die Täter werde man niemals auffinden. Die Aussage enthält am Schluß die Versicherung, daß die Zeugin die reine Wahrheit gesagt hätte. Sie hätte diese Angaben nicht früher gemacht, weil die deutsche Schutzpolizei mit Schifaneri gegen das Café Hedemann drohte.

Dann wurden auch die Aussagen Graberts verlesen. Grabert und Rieble waren danach Zeugen der Ermordung Schmitz. Rieble hätte an der Seite Schmitz gelagert, er müsse gerächt werden. Er werde den Schmitz schon zu finden wissen. hätte er (Rieble) seinen Revolver zur Hand gehabt, dann wäre Schmitz gleich erledigt worden. Diese Redeübertragung ist Rieble in Gegenwart des Kommandeurs der Hamburger Schutzpolizei, des Oberwachmeisters Christen und des Hundertschaftsführers Hauptmann Heber. Grabert hat danach weiter ausgesagt, daß die mit der Tat beauftragten Rieble und Klein gedauert hätten: Wir machen jeden nieder, der uns an der Tat hindert. Das sind in der Hauptsache die Aussagen, aus denen die belgische Behörde die Anklage gegen Reinhardt und Genossen schmiedete. — Im allgemeinen stimmen die Aussagen des Grabert und der Zeugin Agnes Reiß überein. Bei der Hauptverhandlung des belgischen Kriegsgerichts nahm Agnes Reiß diese Aussagen jedoch zurück und beteuerte, daß sie Leutnant Reinhardt erst anlässlich der belgischen Vernehmung kennengelernt habe.

Das Verhör der Frau Reiß wurde unterbrochen durch den Aufbruch von 15 Zeugen, darunter befinden sich die Witwe Hedemann, Frau Reinhardt und Leutnant Sander. Zeugin Witwe Elisabeth Hedemann wird zuerst vernommen. Sie wurde am 14. September 1922 verhaftet. Bei ihrer Vernehmung durch die Belgier hat sie zunächst bestritten, daß sie von der Tat nichts gewußt habe. Die Zeugin sagt: Man hat doch

solch schreckliche Angst vor den belgischen Beamten, daß man schließlich alles tut, was sie wollen.

Nachdem meine Tochter Agnes (für Reinhardt und Genossen) so belastenden Aussagen gemacht hat, sagte ich zu ihr: Du bist verrückt! — Vom Dolmetscher wurde darauf die gerichtliche Aussage der Zeugin verlesen. Sie stimmt im wesentlichen mit der Aussage ihrer Tochter überein. Die Angaben schließen mit der Bemerkung, daß ihre Tochter (Agnes) alles besser wisse. Der Zeugin wird auch das Geständnis des Leutnants Reinhardt vom Dolmetscher vorgelesen, woraus hervorgeht, daß Wachmeister Rieble vorgelesen habe, den Schmitz niederzuschießen. In dem Geständnis heißt es weiter: Es herrschte unter uns stillschweigendes Einverständnis mit dem Ziel, unseren Kameraden Schmitz zu rächen. Rieble habe ihm gesagt, daß seine Augen den Belgier erledigt hätte. Nach der Tat habe er Rieble und Klein vorwärts gemacht mit den Worten: Was erschießt einen Menschen nicht vorhin, sondern von vorn. Rache der erste belgische Offizier sollte niedergeschossen werden, sondern die Tat habe dem Schmitz gegolten. Wenn er gewußt hätte, daß auf einen anderen geschossen wird, dann hätte er seine Anordnungen sofort rückgängig gemacht. Frau Hedemann hat ihre belastende Aussage später mit den Worten zurückgezogen, daß

alles, was sie vor den belgischen Behörden ausgesagt habe, unwahr und erpöcht

worden sei. — Zeuge Dr. Spandau bestätigte die Belde Schmitz und sagt aus, es sei stark wahrscheinlich, daß er von hinten erschossen wurde. Danach erklärt noch Zeugin Witwe Hedemann auf Befragen, daß Reinhardt und Genossen bei der Hauptverhandlung vor dem belgischen Gericht ihre Unschuld beteuert hätten. Sie selbst habe dabei, wie aus den Akten hervorgeht, gesagt, daß sie von der Ermordung Graffs so viel wisse wie ein neugeborenes Kind.

Der Generalkommissar fragte die Zeugin Witwe Hedemann, ob sie bei ihren belgischen Vernehmungen etwas von einem anonymen Brief gehört habe. Zeugin sagt aus, daß ihr bei der Hauptverhandlung inachen von einem Beamten genantworte wurde: Ja, durch einen anonymen Brief. (Es wird angenommen, daß die belgischen Behörden durch einen anonymen Brief auf die Fährte gegen Reinhardt und Genossen gekommen sind.) — Die anderen Zeugenausagen bringen nichts Wesentliches. Die Verhandlung wird um 4 Uhr auf Freitag vertagt.

Gewerkschaftsbewegung

Unternehmerborniertheit.

In Nr. 12 vom 15. Juni des „Arbeitgeber“, dem offiziellen Organ der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, richtet deren Vorsitzender, von Borsig, „ein offenes Wort an die deutschen Gewerkschaften“. Herr von Borsig ist sehr erobert über die Interpellation, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der Frage des Achtstundentages eingebracht hat. In herausforderndem Tone fragt er, ob der ADGB hinter dieser Interpellation steht. Wenn sich diese Frage bejahen sollte, dann... dann würde etwas ganz Fürchterliches passieren.

Wird dies bejaht, so stehen die deutschen Arbeitgeber m. G. vor einem entscheidenden Abschnitt in ihrer Stellungnahme zu den Gewerkschaften. Sie haben dann allen Anlaß, sich mit den Rängen der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu befassen. Ändern die Gewerkschaften nicht auch ihre Betrachtungsweise über die sachlichen Wirtschaftsfragen und suchen sie keine Verständigung mit uns auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse und mit dem Ziel nationaler Wirtschaftsfreiheit und nationaler Wirtschaftsaufstiegs, dann haben wir deutschen Arbeitgeber kaum noch etwas mit ihnen zu verhandeln. Sie würden sich dann in der Tat als eine Organisation darstellen, die nicht zur berufständigen Förderung deutscher Arbeiterinteressen auf deutschem Boden und in deutscher Wirtschaft arbeitet, sondern die sich als Selbstzweck ihrer Funktionäre, als Fremdkörper zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmererschaft einschleibt und den Wirtschaftsfrieden in den Betrieben stört.

Seit Herr von Borsig Nachfolger von Dr. Sorge geworden ist, bemüht er sich, den Nachweis seiner Borniertheit und politischen Unfähigkeit zu erbringen. Zunächst stellte er den Gewerkschaften das Ultimatum, in die Zentralarbeitsgemeinschaft wieder einzutreten. Jetzt sollen sie den Achtstundentag abschwören. Demnächst wird Herr von Borsig wahrscheinlich verlangen, die Gewerkschaften müßten sich auf den Boden des Privateigentums an den Produktionsmitteln stellen oder für eine Schutzpolitik eintreten. So ähnlich hat auch weiland Wilhelm von Hohenzollern geredet, als er die Arbeiter aufforderte, zwischen sich und der Sozialdemokratie das Schwert zu zerschneiden.

Was soll dieses Gepolter, das schließlich kein Mensch mehr ernst nehmen wird? Was würde die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wohl sagen, wenn es den Gewerkschaften einfallen würde, von den Arbeitgebern im Tone des Herrn von Borsig zu verlangen, sich auf den Boden der Sozialisierung zu stellen?

Es gab eine Zeit, als die faktische Macht der Gewerkschaften eine weit größere war, als sie die der Arbeitgeberverbände heute darstellt. Es ist den Gewerkschaften damals nicht eingefallen, von den Unternehmern die Anerkennung einer grundsätzlichen Forderung zu verlangen, die ein Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nun einmal ohne zu lägen nicht anerkennen kann. Nun kommt der Vorsitzende der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und verlangt, die Gewerkschaften sollen den Achtstundentag aufgeben, für den sie seit zwei Menschenaltern kämpfen! Man muß schon ein von jedem politischen Geist verlassener deutscher Unternehmer sein, um überhaupt auf eine solche Idee zu verfallen. Es ist das Unglück Deutschlands, eine Bourgeoisie zu haben, die sich wohl auf Geschäfte, aber nicht auf Wirtschaft versteht und von politischer Tradition und politischem Verstand ungefähr soviel begreift wie ein Kolb von Meißener Porzellan. Wir gestehen Herrn von Borsig gern zu, daß er ein typischer Vertreter dieser Bourgeoisie ist.

Im übrigen wird in dem „offenen Wort“ viel geöhnt von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, die ihre Ursache in dem Kapitalmangel hat. Wir sind nicht so grausam, auf die vielen schiefen Ansichten kritisch einzugehen, die der Herr Dr. h. c. von Borsig zum besten gibt. Wir wollen uns nur auf den wesentlichen Punkt beschränken.

Während der Nachkriegsperiode hat das deutsche Unternehmertum, das sich, wie schon gesagt, sehr gut auf Geschäfte, aber schlecht auf Wirtschaft versteht, bemüht, die aus der Expropriierung des Mittelstandes und der Auspowerung der Arbeitererschaft und des Staates herrührenden Inflationsgewinne in sogenannte Sachwerte anzulegen. Man hat riesige Neubauten aufgeführt, Niederlagen im Auslande angelegt, die jetzt mehr oder weniger brach liegen. Nun fehlt es an Kapital, um die ins riesenhafte gesteigerten Unternehmungen in Gang zu halten. Wenn es den deutschen Gewerkschaften nicht gelungen wäre, im Verlauf des letzten Halbjahrs die Löhne, wenn auch ungenügend, in die Höhe zu treiben, dann ständen wir heute, dank der Lohn- und Wirtschaftspolitik der Unternehmer, in einer Krise von einem Ausmaße, wie sie um die Jahresmende nach dem Zusammenbruch der Mark bestand.

Für dieses Versagen der Unternehmer in Wirtschaftsfragen müßten und müssen die Arbeitnehmer büßen. Die Heilmittel, die Herr von Borsig vorschlägt, würden die Krise nur verschärfen und nicht mildern. Das Betriebskapital wird in der kapitalistischen Wirtschaft in der Hauptsache vom Sparkapital ausgebracht. Dieses Sparkapital stammt aus den Spargroschen des Mittelstandes, der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Gelpart kann aber nur werden, wenn die notwendigen Lebensbedürfnisse gedeckt sind. Mit einer Lohn- und Gehaltspolitik, wie sie von Herrn von Borsig empfohlen und praktiziert wird, ist die Bildung von Sparkapital ausgeschlossen.

Der kapitalistische Unternehmer spart nicht, darf nicht sparen. Er muß, das ist ein Gesetz der kapitalistischen Wirtschaft, die Gewinne wieder in die Produktion hineinstecken, sei es, indem er den Betrieb technisch vervollkommnet, vergrößert oder daß er Rohmaterialien kauft. Das Sparkapital

ist in normalen Zeiten auch so billig, daß der Unternehmer rein geschäftlich gesehen besser tut, mit seinen Ueberschüssen seinen Betrieb auszubauen.

Nun hat das deutsche Unternehmertum aber nicht allein seine Ueberschüsse, sondern auch das Sparkapital in sogenannte Sachwerte angelegt. Es fehlt der Wirtschaft also an Betriebskapital. Das schafft man aber nicht durch Verlängerung der Arbeitszeit, nicht durch Herabdrückung der Löhne, nicht durch die Fortsetzung einer Wirtschaftspolitik, die uns gerade in die gegenwärtige Misere hineingeführt hat. Das Kapital wird sich eben eine Zeitlang mit schmalen Gewinnen bescheiden müssen, es wird sogar, wie das schon dagewesen ist, zeitweise ohne Gewinne arbeiten müssen, bis der durch die jahrelangen unwürdigen Einschränkungen entstandene Warenhunger gedeckt ist und wieder gepart werden kann. Der Zeitpunkt wird um so näher sein, je schneller der längst fällige Preisabbau kommt. Inzwischen wird das Unternehmertum gut tun, statt ultimative unerfüllbare Forderungen an die Gewerkschaften zu stellen, mit deren Hilfe die Intensivierung und Rationalisierung der Produktion zu betreiben.

Gegen das Befoldungsrecht.

Kommunisten und Bürgerliche verlängern es.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat sich am Mittwoch mit der unerträglichen Lage beschäftigt, die für die Beamten der unteren Befoldungsgruppen durch das Verhalten der Regierungsparteien und der Kommunisten gegenüber dem sozialdemokratischen Antrage auf sofortige Behandlung der Befoldungsanträge im Hauptauschuß entstanden ist. In dem Beschlusse stellt der Vorstand des ADGB mit Entrüstung fest, daß die Reichstagsmehrheit nicht die sofortige Behandlung der Befoldungsanträge im Hauptauschuß veranlaßt hat, die Debatte vielmehr auf Ende des Monats verschoben wurde, so daß ein Beschluß des Reichstages erst im Juli erwartet werden kann, die Beamten der unteren Befoldungsgruppen also zwei Monate unter der eisernen Befoldung zu leiden haben.

In der nichtachtenden Weise, mit der die Reichstagsmehrheit die Forderungen der großen Masse der Beamtenschaft behandelt hat, zeigt sich die Rückwirkung der unentschiedenen Haltung der anderen Beamten-Spitzenverbände, die die vom ADGB geforderte Urabstimmung der Beamtenschaft abgelehnt haben. Wenn nicht auch die weiteren Beratungen des Reichstages ein für die Beamtenschaft durchaus ungenügendes Ergebnis haben sollen, ist es die höchste Zeit, daß die Beamtenschaft durch die vom ADGB vorgeschlagene Abstimmung der Reichstagsmehrheit zu erkennen gibt, daß sie auf keinen Fall gewillt ist, das Befoldungsrecht weiter zu ertragen und daß sie die sofortige Behebung der Not der unteren Befoldungsgruppen fordert.

Da den gering besoldeten Beamtengruppen bereits für den Rest des Monats unerträgliche Not droht, fordert der Vorstand von der Reichsregierung, daß sie wenigstens zunächst die alsbaldige Vorauszahlung der Zulagebeträge anordnet.

Internationale Transportarbeiter-Föderation.

Wie aus dem Geschäftsbericht der Verkehrsarbeiter-Internationalen für die Jahre 1922 und 1923 hervorgeht, haben sich ihr 1922 acht und 1923 dreizehn Organisationen neu angeschlossen, darunter erstmals einige Organisationen in Nord- und Südamerika und eine Organisation in Kien. Der italienische Seefahrerband wurde ausgeschlossen, weil er ins faschistische Lager überging. Die Mitgliederzahl der Föderation stieg von 746 482 im Jahre 1923 auf 2 035 958 am 1. Januar 1924; sie verteilt sich auf 26 Länder. Von den Mitgliedern sind 1 106 790 Eisenbahner, 54 581 Seefahrer, 874 587 Transportarbeiter, und zwar 246 688 Hafenarbeiter, 117 944 Chauffeure, Kutscher und Fuhrleute, 164 846 Straßen- und Kleinbahnarbeiter, 30 168 Binnenschiffer, 180 Luftfahrer, 78 087 Expeditions-, Speicherei- und Lagerarbeiter und 235 574 sonstiger Transportarbeiter.

Dem Generalkonferenz der Transportarbeiter-Föderation, an dessen Spitze R. Williams, London, steht, gehören als Vertreter der deutschen Verkehrsorganisationen die Genossen J. Döring und H. Johsade an. Generalsekretär ist Ede Firmen. Dem Exekutivkomitee gehört Döring ebenfalls an. Das Mitteilungsblatt der IFV wird allmonatlich in einer Auflage von 2500 Stück in vier Sprachen herausgegeben. Es wird in der Druckerei des ADGB in Danabrad hergestellt. Außerdem wird allmonatlich ein Pressebericht herausgegeben (in deutscher, englischer, französischer und schwedischer Sprache). Der Bericht schildert die Beziehungen der IFV zu den angeschlossenen Organisationen, verzeichnet die Reihe der Aktionen der Föderation und ihre Beziehungen zu anderen Internationalen. Ein recht ausführlicher Kassenerbericht beschließt den mit reichem Tabellenmaterial, farbigen und schwarzweißen graphischen Darstellungen und photographischen Aufnahmen versehenen Bericht, der von der Bedeutung dieser internationalen Verkehrsarbeiterorganisation und ihrer Rührigkeit zeugt.

Der Kongress der IFV wird diesmal in Deutschland, und zwar ab 7. August, in Hamburg abgehalten.

Ablehnung des Schiedspruches in der Schwerindustrie.

Bochum, 19. Juni. (Mitb.) Die nordwestliche Gruppe des Deutschen Metallarbeiterverbandes teilt der Presse mit, daß nunmehr ein Vermittlungsversuch des Reichsarbeitsministers zu erwarten steht, da auch der christliche Metallarbeiterverband und die hiesig-Duncker'schen Gewerkschaften den Schiedspruch ablehnen werden.

Ein Attentat auf Arbeitswillige.

Zwidau, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Bochum wurde in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag gegen einen Schuppen, in dem Arbeitswillige des „Allgemeindeutsche“ untergebracht sind, ein Sprengstoffattentat verübt. Personen wurden nicht verletzt. Die Polizei nimmt an, daß es sich um einen kommunistisch-unionsistischen Anschlag handelt.

Achtung, SPD-Genossen sämtlicher VEG-Apparatfabriken! Am Freitag, den 20. Juni, nachm. 4 Uhr, zusammen Str. 3, wichtige Versammlung. Bericht des Fraktionsvorstandes. Neuwahl. Bericht des Fraktionsvorstandes. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Parteiprogramm legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Verbandstag der Bergarbeiter.

Fünfter Verhandlungstag.

Dresden, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Am Donnerstagmorgen hielt zunächst Dr. Berger einen Vortrag über die Konzentration des Kapitals in der Montanindustrie. Er gab ein Bild der allgemeinen Zusammenfassungsbewegung in der deutschen Industrie, vor allem der ökonomischen Bedingungen der einzelnen Zusammenfassungen, des Abbaus und der Verknüpfung nach Produktionsstoffen und Waren-gattungen. Der Redner schäuferte dann den Gegenstand in der Zielsetzung von Kartell, Syndikat und Konzern und das Uebergewicht der Konzerne. Ferner gab er eine Klarstellung der organisatorischen Verhältnisse in der deutschen Montanindustrie an der Hand eines historischen Uebersichts über die Entwicklung der ursprünglichen Bodenproduktion zur industriellen Produktion, zum kapitalistischen Großbetrieb, Bestanden in dem Ruhrbergbau um die Wende des 19. Jahrhunderts 153 Werke mit durchschnittlich 9 Arbeitern und einer durchschnittlichen Förderung von 1267 Tonnen, so 1913 167 Werke im Durchschnitt mit 2363 Arbeitern je Werk und einer durchschnittlichen Förderung von 663 483 Tonnen. Hand in Hand ging die Betriebszusammenfassung zur Aktiengesellschaft und Gewerkschaft. Typisch ist die horizontale Konzentration der deutschen Montanindustrie der Ruhr. Hier betrug die Zahl der Bergbauunternehmungen in der Vorkriegszeit 51, die Zahl der betriebenen Werke 166, die Zahl der Schächte 577, die Belegschaftsziffer 385 120. Davon besaßen 12 Kiesenunternehmungen 451 Schächte mit einer Belegschaft von 317 033 = 82,64 Proz. der Gesamtbelegschaft. Inzwischen hat sich der Umschwung zur vertikalen Konzentration vollzogen, wobei ebenfalls 12 Unternehmungen, Sinnes wieder an der Spitze, 81,4 Proz. der Beteiligten ausweisen. Der Redner schloß dann den Werdegang der vertikalen Konzentration von der Hüttenzeche zur Zechenstätte. Die rasch Kiesenkonzerne erzeugten im Zusammenschluß mit der Eisen- und der Fertigungsindustrie, der Schiffahrt usw. bis zu den gewaltigen Zusammenballungen der Nachkriegszeit. Der Entwicklung in der Kaliindustrie gedachte der Redner besonders und ging schließlich auf die wirtschaftlichen, soziologischen und rechtlichen Ursachen und Beweggründe zur Konzentration in der Montanindustrie des Näheren ein. Zum Schluß des Referats vertrat er als Forderung:

Wirtschaftsdemokratie neben der politischen Demokratie mit Hilfe der Betriebsräte und der Gewerkschaften.

Ueber „Gewerkschaftliche Probleme der Gegenwart und Zukunft“ sprach darauf Limbergh. Gegenüber den Arbeitgeberforderungen auf dem Gebiete des Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer, wie sie jüngst von Borsig in der Öffentlichkeit vertreten hat, unterstrich er den Standpunkt der freien Gewerkschaften. Der Streik müsse ein Mittel für den Arbeiter sein, keine Ware Arbeitskraft möglichst teuer zu verkaufen. Scharf wies er das Bestreben des Unternehmertums zurück, eine Produktionserhöhung und -verbilligung zu erreichen durch Verlängerung der Arbeitszeit und Verkürzung der Löhne. Auch der deutsche Bergarbeiter müsse, wie der englische, eine bessere Einsicht erhalten in die Betriebskosten eines Werkes. Nicht trockene Juristen, aufgewachsen im kapitalistischen Milieu, gebunden an die kapitalistische Ideologie, dürften nach dem Willen der Unternehmer das Amt des Schlichters ausüben, denn es gelte im Schiedsverfahren die Arbeitsfreudigkeit und damit die Produktion zu erhöhen. Das Streben der Gewerkschaften sei nicht nur ein wirtschaftliches, sondern ein allgemeines Einheitsproblem mit dem Ziel, die Ebenbürtigkeit zwischen Kapital und Arbeit zu verwirklichen. Ausschlaggebend in der Wirtschaft müsse

lebende Arbeitskraft

sein. Der politischen Demokratie müsse die wirtschaftliche folgen. Die Erlangung dieses Zieles erfordert einen schweren Kampf, zu dem der führende Arbeiter, besonders der Betriebsrat, wirtschaftlich aus- und geschult sein muß, damit er seinen Betrieb und seine inneren Zusammenhänge versteht. (Lebh. Beifall.)

An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich die Kameraden Denfert, Wagner-Saargebiet, Weimann-Zwidau, Lauterbach, Lawrenz, Hoffmann-Saarbrücken, Schwarze-Ober-schlesien, Döring, Hedmann, Balke und Weiß. Nach einem kurzen Schlußwort der beiden Referenten wurde eine Entschließung im Sinne der Ausführungen Dr. Bergers einstimmig angenommen, die für die Volksgemeinschaft durch Tarifverbände und vermehrten Eigenbesitz einen maßgebenden Einfluß auf die Leitung der Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Produkts fordert. Die Organe der Arbeiterschaft sollen gleichberechtigt an der Verwaltung der wirtschaftlichen Macht der großen Konzerne beteiligt werden.

Gegen zwei Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, die sich für die Schaffung von Industrieverbänden ausspricht. Die Anträge, die eine Zusammenarbeit oder gar einen Zusammenschluß mit der Union der Hand- und Kopfarbeiter forderten, wurden mit großer Mehrheit gegen 13 Stimmen abgelehnt. Annahme fand eine Entschließung, die die erneute Forderung der Verwirklichung der Kaliindustrie, mindestens aber die beschleunigte Einführung eines Reichskalihandelsmonopols verlangt. Gegen 13 Stimmen wurden dann der Ausschluß von Engel-Reuselwitz und Borge-Duisburg beschlossen. Ein Ausschlagsantrag gegen Müller-Niederschlesien wurde abgelehnt, die Wiederaufnahme von Rosbach-Wörs mit großer Mehrheit beschlossen.

Die Nachmittagsitzung war den Wahlen gewidmet. Ohne Debatte wurden zehn Delegierte für den Internationalen Bergarbeiterkongress und 14 Delegierte zum deutschen Gewerkschaftskongress 1925 nach den Vorschlägen der Bezirke gewählt. Das übrige Wahlergebnis ist folgendes: Zu Vorsitzenden wurden mit je 115 Stimmen gewählt: Hufemann und Waldhedecker sowie Bittner als Kassierer mit 116 Stimmen. Zu Sekretären wurden gewählt: V. Schmidt, Martini, Balke, Borge, Schulze. Limbergh wurde als Redakteur des Verbandsorgans mit 136 Stimmen wiedergewählt. Der neugebildete Beirat setzt sich zusammen aus Heintzelmann-Zeich, Händchen-Hengstenberg, Trenke-Nordhausen, Strüßer-Hannover, Rudolf-Waldenburg, Weber-Mün-chen, Schmidt-Saarrevier, Deubener-Herborn, Fod-Röln und Herrmann-Zwidau.

Mit herzlichsten Dankesworten an Biffmann, der sich nach jahrzehntelanger Tätigkeit im Dienste des Verbandes verabschiedete, um als Vertrauensmann zum Reichsnachschaffungsverein zu gehen, schloß Hufemann die glänzend und harmonisch verlaufene Tagung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Götter; Gewerkschaftsbewegung: Reiter, Schorn; Revision: Dr. John Schilowski; Soziales und Sonstiges: Fritz Rastbach; Anzeigen: H. Glade; Ähnlich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Bureau 2. Beilage.

Die Zigarette der Zeit

muss gut und preiswert sein. Der Qualitätsraucher hat angesichts der grossen Geldknappheit ein Recht darauf, auch für billiges Geld eine gute Zigarette zu verlangen, und diesen berechtigten Ansprüchen genügt in vollem Umfange die

„Kleine Massary“ 2 S



Das Haus der Angestellten.

Die teilweise recht langatmigen Gewerkschaftsnamen hat die Praxis durch prägnante Kürzungen gesteigert. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen sind bekannt als ADGB, AfA-Bund und ADB. Von den einzelnen Verbänden ist die Abkürzung ZdA für Zentralverband der Angestellten so sehr bekannt, daß heute fast jedes Kind weiß, daß darunter die freigewerkschaftliche Organisation der kaufmännischen und der Bureauangestellten zu verstehen ist. Ein Einblick in das Hauptgebäude dieses aus den kleinsten Anfängen zu einer Riesenorganisation gewordenen Verbandes hat schon deshalb einen besonderen Reiz, weil der ZdA bei der Einrichtung seiner Verwaltung von vornherein über fachkundige Kräfte verfügte. Da der Angestelltenverband zumal bei seinem letzten Umzuge sich von allem Ballast freimachen konnte, verfügt er heute über einen Verwaltungsapparat, der in seiner Art nicht nur für die größeren Gewerkschaften vorbildlich ist, sondern muster-gültig ist für den kaufmännischen und verwaltungstechnischen Großbetrieb überhaupt.

In der Oranienstraße.

Witten im lärmenden Straßengetriebe, nicht weit ab vom Morichplatz, an der Oranienbrücke, erhebt sich der stolze Bau des ZdA. Im fünften Stockwerk sind Expedition und Postraum untergebracht. Schon in diesem Räume merkt man, daß hier Kaufleute arbeiten, die mit doppelter Freude ihre Aufträge verrichten, weil ja alles, was sie tun, mit in ihrem Interesse liegt. Da finden wir z. B. die modernsten Verteilungsapparate, Adressiermaschinen usw. Hervorgehoben sei die Adressiermaschine. Von jedem Funktionär jeder Ortsgruppe ist eine fertige Schablonenadresse zu finden, so daß das Adressieren mit der Hand gänzlich in Fortfall kommt. In der Postverteilung herrscht reges Leben und Treiben. Um die Verteilung zu verringern, ist angeordnet, daß nur zweimal in der Woche die Post herausgeht. Briefe, die eiliger Natur sind, tragen ein besonderes Zeichen und werden sofort befördert. Hier macht sich moderner kaufmännischer Geist bemerkbar! Es versteht sich von selbst, daß in der Postverteilung auch eine Briefmarkenmaschine vorhanden ist, die an einen Zähler angeht, wieviel Marken verbraucht worden sind. Im übrigen tragen sämtliche Marken das perforierte ZdA-Zeichen. Weiter lagern hier oben sämtliche Verbandszeitschriften und Belege aller Art. Alle gebrauchten Kartotheken werden hier oben aufbewahrt. Das längere Lagern der Stenogramme hat sich ebenfalls als nützlich erwiesen. Einige Schritte weiter lagern Flugblätter, Werbeprospekte, Schreibmaterialien, Mitgliederbücher usw.

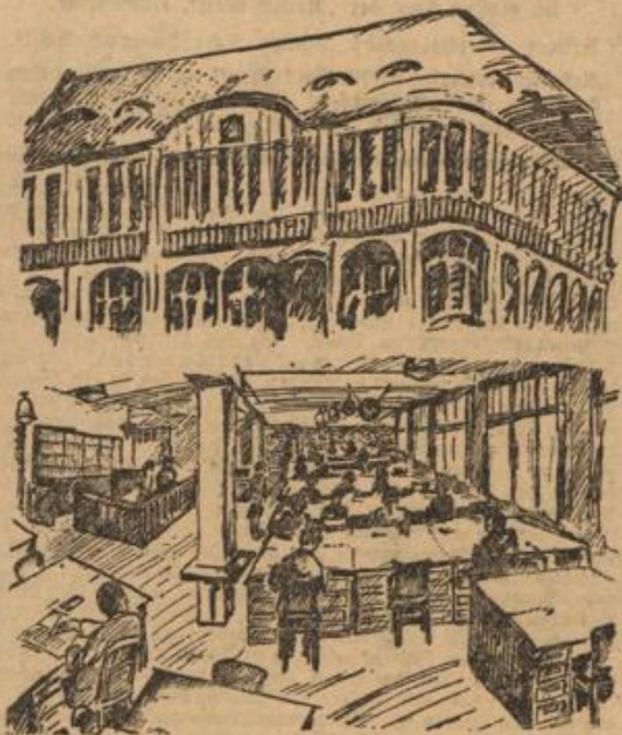
Mustergültige Arbeitsräume.

Helle, luftige und große Büroräume erleichtern die Arbeit. Von diesem Grundgedanken geleitet suchte sich der ZdA seine Arbeitsräume aus. Wenn man den großen Verwaltungsraum betritt, so muß man unwillkürlich einen Augenblick stehen bleiben, um alles überschauen zu können. Ja, das sind mustergültige Arbeitszimmer. Hier muß das Arbeiten Freude machen. Da ist zuerst die Mitgliederekzelle. Alle Mitglieder haben hier ihre Karte, woraus der Name, das Alter, die Beschäftigungsart und schließlich die Wohnung zu lesen sind. Hat ein Mitglied einmal mit dem Verbands Differenzen gehabt, so befindet sich an seiner Karte eine Klammer, die anzeigt, daß hier „etwas nicht in Ordnung“ ist oder war. Alphabetisch geordnet sind weiter sämtliche Aufnahmeformulare vom ersten Mitgliede an. Sie sind schnell und sicher zu finden. Im vierten Stockwerk befindet sich auch die Abteilung, die die Aufgabe hat, sämtliche Briefe, soweit sie nicht persönlich adressiert sind, zu öffnen. An den Montagen herrscht hier Hochbetrieb. Laufen doch an diesem Tage oft über 1000 Briefe ein. Gleichseitig ist dort die Personalabteilung untergebracht. Die Stenotypistinnen haben ein Zimmer, wie man es sich besser nicht wünschen kann. Drei mächtige Fenster hüllen den Raum in einen Mantel von Licht. Auf dem Flur steht ein riesiger feuerfester eiserner Schrank, der die Beitragsmarken birgt. Unsere Wanderung ist im vierten Stock beendet und es geht eine Treppe tiefer.

Das Herz der Organisation.

Im dritten Stock bemerken wir gleich beim Eintritt die Telefonzentrale. Im Archib, wo sich auch gleichzeitig die Bibliothek

befindet, laufen täglich etwa 450 Zeitungen bzw. Fachzeitschriften ein. Auch die Organe der Gegner sind hier zu finden. Das eingelaufene Material wird sortiert und je nach Inhalt den Bearbeitern der einzelnen Fachgruppen zugestellt. Eine höchst einfache und doch präziseste Kartothek gibt über das, was vorhanden ist, einen erschöpfenden Überblick. Längs dem Korridor ziehen sich die Vorstandszimmer, die alle freundlichen Eindruck erwecken, hin. Selbstverständlich hat auch diese Etage ihr „großes, helles und lustiges“ Schreibmaschinenzimmer. Die zweite Etage müssen wir übergehen, da hier zunächst noch eine Privatfirma ihr Domizil hat. Der Sitzungs-



Z.D.A.-Haus am Oranienplatz

saal in der ersten Etage stellt ein kleines Schmuckkästchen dar. Büchereien lassen das Tageslicht nur gedämpft herein. Die Wände sind zum Teil mit Holz und zum Teil mit Stoff recht anheimelnd bekleidet. Gleich hinter dem Sitzungssaal befindet sich ein kleines Diskussionszimmer, wo sich besonders Redewütige zur „schlichten Aussprache“ zurückziehen können. Die Statistische Abteilung, die Tarifregulatur und endlich ein kleines Sitzungszimmer füllen weiter die erste Etage aus. Nach dieser Wanderung sind wir im Erdgeschoss angelangt und besichtigen nun die Hausdruckerei des ZdA, die einen Teil der Flugblätter herstellt, Briefpapier bedruckt usw. Im Keller lagern große Papiermassen zur Herstellung von Plakaten und Briefpapier. Sämtliche Ortsgruppen — es sind über 800 — beziehen von hier ihre Schreibmaterialien. Die vielen kaufmännischen Berufe, die im ZdA gewerkschaftlich organisiert sind, erfordern eine ganze Anzahl von Fachzeitschriften. Da finden wir den „Freien Angestellten“, die Fachzeitschrift „Der Industrie- und Handelsangestellte“, „Zeitschrift für Versicherungsangestellte“, „Die Worte“ (Organ für die Angestellten des Buch-, Kunst- und Musikalienhandels und des Buchdrucks, Papier- und Zeitungsgewerbes), „Der Bergbau- und Hüttenangestellte“, „Das Bekleidungs-gewerbe“ (Fachzeitschrift für die Reichsfachgruppen Bekleidung, Textil und Leder), „Der Genossenschaftsangeestellte“, „Volkswirtschaftliche Zeitschrift für die Sozialversicherung“, „Der Anwaltsangestellte“ und endlich „Der Behördenangestellte“. Für die Funktionäre und Vertrauensleute erscheint allmähentlich der sogenannte „Nachrichtendienst“, der

gute informatorische Mitteilungen enthält. Erwähnt seien noch die „Jugendblätter des Zentralverbandes der Angestellten“, die für die jugendlichen Mitglieder bestimmt sind. Ihr Inhalt, ein sehr vielseitiger, fördert rego die Diskussionen auf den Veranstaltungen abenden der Jugendgruppen. Die hier angeführten Zeitschriften werden von der Vorwärts-Buchdruckerei hergestellt.

Es ist Kulturarbeit im besten Sinne des Wortes, die in dem großen hellen ZdA-Haus am Oranienplatz von den 120 Angestellten geleistet wird. Von dieser Zentrale aus wird die Verbindung mit den nahezu 300 000 Mitgliedern unterhalten und gepflegt, die sich auf die kaufmännischen Geschäfte und die Schreibstuben von weit über 800 Orten in Deutschland verteilen. Die unermüdete Werbearbeit des Verbandes, die leider noch nicht dem vollen Verständnis aller Angestellten begegnet, so daß die gegnerischen Angestelltenverbände noch recht ansehnliche Mitgliederzahlen aufweisen, bietet sich ein überaus großes Feld. Die Verhandlungen des am Sonnabend in Kassel beginnenden Verbandstages werden zweifellos viel dazu beitragen, die Einsicht zu fördern, daß der ZdA für alle freigewerkschaftlichen und aufgestellten kaufmännischen und Bureauangestellten die wirksamste Interessensvertretung bildet, die um so stärker sein wird, je mehr die Angestellten selber durch ihren Anschluß dazu beitragen.

Sommerlust und Winterforge.

Dicht gedrängt sitzen sommerfrohe Menschen in den Lustgärten an der Spree. Lustige Weisen spielt den ganzen Nachmittag die Musik. Ihren Höhepunkt erreicht die Freude, wenn am späten Abend sprühendes Feuerwerk Wettbewerbs mit den Himmelskörpern vorüberschwebt. Fast scheint es, als ob es nie einen sorgenvollen, düsteren Winter gegeben hätte.

Da tauchen inmitten der fröhlichen Scharen hier und da Frauen und Mädchen auf, die mit bittender Gebärde Büchsen hinreichen, die ein Scherlein aufnehmen möchten für die Erholungsfürsorge der Berliner Rothlöcher. Die Gebefreudigkeit ist nicht allzu groß. Man spricht wohl von den eigenen Freuden, die in den Bergen oder an der See warten, aber nur wenige wissen von den vielen, deren Winterforge Sommerlust nicht aufkommen lassen. Nur wenige denken an die vielen Menschen, die nie aus den engen Häusern herauskommen. Nur wenige wissen von den Kindern, deren Leiber die Spuren des Hungerwinters tragen, die in engen, staubigen Straßen träumen vom Spielen im Sande am Ostseestrand, aus dem sich schöne Schlösser bauen lassen, von den Bergen, auf denen die Wälder Sagen und Märchen erzählen. Wir kennen diese Sehnsucht, wissen, daß sie uns das Beste für die Entwicklung unserer Kinder verspricht und geben uns Mühe, sie zu erfüllen.

Zweihundert Kinder hat der Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt in diesem Sommer bereits herausgeschickt. Die Ergebnisse der ärztlichen Untersuchungen sind geradezu erschreckend. Ein erheblicher Prozentsatz der Kinder, in manchen Bezirken 33%, muß aus der einfachen Erholungsfürsorge ausgescheiden und zum Schrecken der Eltern der Lungenfürsorge überwiesen werden. Die Wirkungen des Inflationswinters scheinen schlimmer zu sein, als die Wirkungen des Kohlrübenwinters. Dabei ist die Not noch lange nicht überwunden. Die Zahl der Arbeitslosen, und damit der Hungernden, die unserer Hilfe bedürfen, ist immer noch groß. In vielen Fällen treten bereits Magenkrankungen ein, zumeist bei solchen Menschen, denen es gar zu schwer wird, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Und wenn sie es tun, so, um für ihre Kinder zu bitten. Die opferwillige Hilfsbereitschaft unserer Genossen und Freunde hat uns während des Winters in die Lage versetzt, manchem über die schwerste Zeit hinwegzuhelfen. An sie wenden wir uns auch heute wieder:

Helft uns bei der Durchführung der Erholungsfürsorge!
Ihr helft dadurch ein Stück Jugendglück, Jugendgesundheit und Zukunftshoffnung aufbauen

Leistet Beiträge auf das Konto: Arbeiterwohlfahrt, P. Neumann und M. Lodenhagen, bei der Diskonto-Gesellschaft, Lindenstr. 3, oder direkt an Paul Neumann, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, 1. Hof, 4 Treppen, beim Parteivorstand. Quittung erfolgt durch den „Vorwärts“.

Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rakla.

Nach einer ganzen Weile blickte er Renzo an, dann sagte er mit einem Lächeln in den Augen: „Ich werde sie für eine kurze Zeit so aufstellen lassen, daß du sie genau nachbilden kannst. Es soll dir alles zur Verfügung stehen. Hast du dich schon einmal an dem Kopfe versucht?“

„Einmal?“ Renzos Gesicht verfinsterte sich, „viele, zu viele Male.“

„Run, nun,“ sagte der alte Mann gelassen, „dieses ist die beste Lösung für den Arm, die Hand. Du kannst zufrieden sein.“ Er hatte sich wieder abgewandt.

Als Renzo stumm dastand, blickte er nochmals zu ihm hin. „Nein, niemals zufrieden sein, Adriani, merk' dir das, niemals!“ Er erhob drohend den Finger.

Renzo ergriff die Hand und drückte sie leidenschaftlich. „Ich danke, danke Ihnen.“

Blieb ihm nun noch viel zu wünschen übrig?

„Alles!“ dachte Renzo.

Wiederum war es, als ob unsichtbare Götter alle Wege gesättigten; die Venus erstand in berückender Schönheit, ihrem Vorbilde so ähnlich, daß Renzo innerlich erzitterte, wenn seine Hände über den Marmor glitten.

„Mein, mein,“ dachte er, und er verschloß sie eifersüchtig vor den Blicken der Männer, die mit dem Professor arbeiteten und die um die Nachbildung der Venus wußten.

Jetzt hatte sich auch der junge Archäologe Renzos erinnert, und er erzählte wie einen Scherz, daß der Bursche vor Monaten abgerissen an der Tür gestanden und ihn beschwindelt hätte, nur um die Venus zu sehen, und es fielen Worte, die Renzo lange gefürchtet hatte.

Es war ihm, als ob das Böse um ihn her erwachte. Er sonderte sich völlig von den Menschen ab, lebte nur mit den harmlosen Bettinari, die nichts von seiner Arbeit, seiner Sehnsucht kannten, und dennoch fühlte er sich schon durch die Blicke der wenigen Männer beengt, die um sein Ringen wußten.

Run sie warteten, ihn belauernten, wie ihm schien, da schwand jede Hoffnung.

Wie oft hatte er in Ton den Kopf geformt, Schultern, Hals und Kopf, es war vergebens.

Dort stand seine Venus, makellos, wahrhaft ein Götterbild, doch an der Stelle des Kopfes war immer noch ein unförmlicher Block.

Wahrlich, alles blieb Renzo zu wünschen übrig! Noch einmal, ein letztes Mal, trat er in der Dämmerung vor die wahre, einzige Venus, noch einmal, ein letztes Mal küßte er ihr rechtes, ein wenig gebogenes Knie, und dann wußte er, es war vorüber. Diese Stadt, die ganze Atmosphäre um ihn her barg keine Gnade mehr — für ihn nicht.

Und da er kein Zaudern kannte, wenn seine sicheren Triebe etwas beschlossen hatten, ging er noch an demselben Abend mit Taddeo zum Hafen und erkundigte sich, wann wohl ein großes, gutes Schiff nach Messina führe, das ihn und seine schöne schwere Fracht mitnehmen könnte.

Nein, ein großes Schiff führe nicht, doch in drei Tagen könne er bis Catania und vielleicht auch nach Giardini bei Taormina fahren.

Taormina? Taormina! Ja, nach Taormina!

Kam nicht alles Gute zurück, wenn man zur Heimat fuhr? Eine Heimat, die er geliebt hatte und die ihn liebte. Ja, dorthin, wo er die ersten Träume vom eigenen Schaffen, von Schönheit und Ruhm geträumt hatte, in diese tiefste Heimat wollte er seine Geliebte bringen, und sie würde erwachen. Reißende Unruhe überfiel ihn.

Wie nun, wenn man ihn aufhielt, wenn man irgendwelche Rechte geltend machte, um die er nicht wußte.

Vielleicht wurde es ihm gar nicht gestattet, diese Nachbildung aus Syrakus zu entfernen. Vielleicht sollte er eine hohe Summe zahlen, weil man ihm erlaubt hatte, diese Venus zu formen.

Nicht fragen, sich nicht verraten!

Ganz heimlich mußte er mit ihr fliehen.. Hatte er nicht Freunde, Helfer!

Spät am Abend, als die ganze Familie Bettinari zum Nachtmahl beisammen saß, holte Renzo einige Flaschen alten, süßen Weines hervor.

„Wir müssen Rat halten, ihr alle müßt mir helfen! Doch erst einmal wollen wir auf ein gutes Gelingen trinken, ich habe einen Plan.“

So leicht wie ein Haufen zwitschernder Vögel haschten sie nach jedem Brocken, den Renzo nach und nach hinwarf. Das alles war ja nur ein köstlicher Scherz!

Die großen Herren? Die großen Herren sollten das Nachsehen haben.

In der Nacht würde man keine schöne Figur hofen, hier in die Wohnung hinein, hinter das dicke Tor. Ganz und gar vermute man wollte man sie, von oben bis unten. Lumpen und Wolle, Heu und Berg genug — da konnte er ohne Sorge sein.

Sie berauschten sich an ihren Reden und am Wein. Drei Tage lang feierten sie den großmütigen schenkenden Renzo wie einen echten, rechten Heiden und Schlaupfop dazu, und dann geschah wirklich alles so, wie sie es vorausgesagt hatten.

In einer frühen, leicht befeuchten Morgendämmerung zogen Renzo und Taddeo den schlaffen Füllkarren durch die schlafenden Gassen, und darauf lag so etwas wie eine mächtige Säule, ringsum mit starken Brettern versehen, um die Laue gewickelt waren.

O, es ging sehr gut, spielend leicht ging es wieder. Doch drinnen der Abschied war nicht ganz so leicht gewesen. Die kleine Nina hatte sich zu guter Letzt wie eine Katze an ihn gekrallt. Niemand hatte es bemerkt, doch er, Renzo Adriani, wußte es: die Mädchen, die Mädchen!

Vielleicht? Vielleicht? Wäre er niemals zu den Bettinari gekommen, zu ihren Freunden und Nachbarn, hätte er wie in seiner Kindheit zu Taormina, die freien Stunden — — — ach was! Wozu haben, zurückblicken, bereuen!

Er ging mit einer Kostbarkeit von dannen, wie sie niemand besaß. Und das Leben strömte von neuem auf ihn zu.

Das war keine Fahrt wie damals von Neapel nach Palermo. Es war ein langsames Dahingleiten durch das blaue Meer, das mit seinen Spitzentrüben die vertraute gelbe Küste überrieselte. Fern wie eine Vision der helle Aetna.

Bis Catania noch war Fremdsinn und Unruhe in Renzo, dann aber blickte der Berg, der Gewaltige, vertraut auf ihn herab.

Dieser Urvater! Nein, er schaute niemand an, alles sah zu ihm empor.

Seine Laune hatte es gewollt, daß vor einem Jahre vier neue Krater heißes Leben durch zerberstende Wälder strömten. Sollte der Urvater seine Brust nicht öffnen, wann es ihm gefiel?

Zu seinen Füßen, im breiten Umkreis, war Siziliens fruchtbarstes Land, ein Paradies auf der verwitterten Lebensglut des Aetna.

Wenn er zerstörte, so schenkte er um so reicher. Ein rechter König. (Fortsetzung folgt.)

Sutterkrippenpolitik. Zum Bezirksämterabbau.

Nach dem Abbau der Magistratsmitglieder soll demnächst ein Abbau der Bezirksämtermitglieder vorgenommen werden. Dieser Abbau erfolgt durch die Bezirksversammlungen, nachdem der Magistrat die Zahl der in den einzelnen Bezirken abzubauenen festgesetzt hat. Auf Ersuchen des Magistrats hatten sich die Bezirksversammlungen zu erklären, wieviel Mitglieder des Bezirksamtes abgebaut werden könnten. Das Ergebnis ist folgendes: Zwei Bezirksversammlungen haben drei, sieben haben zwei und eine Bezirksversammlung hat einen zum Abbau vorgeschlagen, während zehn Bezirksversammlungen den Abbau abgelehnt haben.

Der Abbau der Personen darf bekanntlich nicht aus politischen Gründen vorgenommen werden; aber die bürgerlichen Parteien haben in den Bezirksversammlungen es fertig gebracht, in fast allen Fällen die sozialdemokratischen Stadträte zum Abbau zu empfehlen. Im Bezirk „Friedrichshain“ haben die bürgerlichen Parteien beispielsweise beantragt, die Dezernenten für das Arbeitsamt, für das Jugendamt und für das Wohnungsamt abzubauen. Diese Dezernenten sind unsere Genossen Brüchner, Kloth und Kohn. Selbstverständlich wurde betont, daß politische Gründe für den Abbau nicht maßgebend seien. In anderen Bezirken sieht es genau so aus. Beachtenswert ist das Verhalten bürgerlicher Parteien in den Bezirken, in denen kein Sozialdemokrat zum Abbau vorhanden ist und eventuell ein Bürgerlicher abgebaut werden müßte. Da haben die Bürgerlichen mit unseren Genossen gegen den Abbau gestimmt.

Im Bezirk „Prenzlauer Berg“ ist seit längerer Zeit ein bürgerlicher Stadtrat von Amte suspendiert. Unsere Genossen standen deshalb auf dem Standpunkt, daß zurzeit ein Abbau eines weiteren Mitgliedes des Bezirksamtes nicht in Frage käme. Die Bürgerlichen haben auch hier beantragt, einen bzw. drei abzubauen. Die Bezirksversammlung hat den Abbau abgelehnt. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ brachte unter der Überschrift „Sutterkrippenpolitik“ einen Bericht über die letzte Bezirksversammlung „Prenzlauer Berg“ und sagte, daß man von einzelnen Stadträten nicht wisse, was sie eigentlich zu tun haben. Das wurde schon in der Bezirksversammlung behauptet, aber als die Vertreter unserer Partei die Meinung der betreffenden Stadträte verlangten, war der deutschnationalen Redner hierzu nicht in der Lage. Nach den Vorgängen der letzten Zeit ist es besonders interessant, daß ausgerechnet der „Berliner Lokal-Anzeiger“ die Stellungnahme unserer Genossen als „Sutterkrippenpolitik“ bezeichnet.

Brandstifter an der Arbeit.

Am Mittwoch nachmittag mußte in Steglitz in der Florastr. 19 ein Großfeuer gelöscht werden, von dem Hausbewohner annehmen, daß es durch Brandstiftung entstanden ist, und am Donnerstag hatte die Berliner Feuerwehr schon wieder ein Großfeuer zu bekämpfen, das, wie wir berichteten, in Friedenau, Kaiserallee 96, Ecke der Scharfstraße am Mittag in einem anderen Eckhaus ausgekommen war, vermutlich auch durch Brandstiftung. Als die Wilmersdorfer und Schöneberger Feuerwehren an der Brandstelle anlangen, stand der Dachstuhl bereits in solcher Ausdehnung in Flammen, daß unvorzüglich mit mehreren Motorpumpen Wasser gegeben werden mußte. Ueber mechanische Leitern und die verquälten Treppen wurde der Angriff mit droher Wirkung vorgetragen und es gelang nach mehrstündiger Vörsarbeit, das Feuer hert zu werden. Die oberen Geschosse haben etwas durch eingedrungenes Wasser gelitten. Der Schaden ist oberhalb sehr erheblich, und leider nur teilweise durch Versicherung gedeckt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Vor dem Hause Invalidenstr. 123 stieß am Freitag ein Autobus mit einem Straßenbahnwagen der Linie I zusammen. Beide wurden stark beschädigt, Personen aber ernstlich nicht verletzt. Die Feuerwehr beseitigte das Verkehrshindernis — In der Parkstraße in Buch stürzte ein besonderes Lastauto bei der Villa „Preußen“ in einen Straßengraben. Die Feuerwehr holte das Auto wieder heraus. Ein Fahrer soll Verletzungen erlitten haben, die ihm von einem Arzt verbunden wurden.

Der Republikanische Reichsbund veranstaltete im Bürgeraal des Berliner Rathauses eine öffentliche Kundgebung, in der die Genossin Adele Schreiber und Chefredakteur G. Bernhardt über amerikanische Verhältnisse sprachen. Die Redner schilderten eingehend die amerikanischen Verfassungsverträge und kamen dann auf die Parteikonstellation des amerikanischen Volkes zu sprechen. Der Grundzug des Amerikaners ist die Sentimentalität. Die Jagd und die Hast nach dem Dollar, wozu der Europäer so gern redet, ist drüben eine Vergende. Ueberall jedoch wir eine ganz falsche Einstellung des Deutschen gegenüber der amerikanischen Seelenverfassung. Völkerverehrung und Kriegsvermeidung betrachtet jeder Amerikaner als Selbstverständlichkeit. Für ihn ist die Annahme oder Ablehnung des Dawes-Guthachtens durch Deutschland dafür entscheidend, ob in Deutschland das alte Regime oder ein wahrhaft demokratisches vorherrscht. — Fazit der Kundgebung war ein Appell an alle Republikaner: Helft mit am großen Werk des Aufbaues des neuen Deutschland. Helft überall mit, das schiefe Bild des gesamten Auslandes über die deutsche Republik zu beseitigen.

Keine Stierkämpfe in Berlin. Gegenüber den immer wieder auftauchenden Gerüchten von Stierkämpfen in Berlin teilt der Polizeipräsident mit, daß er nicht beabsichtigt, in Berlin Stierkämpfe zuzulassen.

Straßenbahnunfall. Gestern abend gegen 7 Uhr stieß am Invalidenbahnhof ein Straßenbahnzug der Linie 55 mit einer Autodroschke zusammen. Der Borderteil der Droschke wurde stark beschädigt. Der Fahrgast erlitt leichte Verletzungen durch Glassplitter.

Zu den Fleischvergiftungen in Wilmersdorf, über die wir in der gestrigen Morgenausgabe berichteten, wird uns noch mitgeteilt, daß bei den vergifteten Personen der Familie F. eine leichte Besserung eingetreten ist, so daß zurzeit keine Lebensgefahr besteht. Weitere Vergiftungen sind nicht mehr vorgekommen.

Schiffe auf einen Vorortzug. Der Vorortzug Berlin—Dranienburg wurde am Mittwoch abend 7 Uhr 1 Kilometer vor Hermsdorf beschossen. Als Täter kommt ein den besseren Ständen angehöriger Anlieger in Frage, bei dem ein 6-Millimeter-Leßling beschlagnahmt wurde, mit dem er auf seinem Grundstück Schießübungen angestellt hatte.

Gesangsconcert. Der am Sonntagabend aus Oesterreich eintreffende Steirische Liebeschor mit den hervorragenden alpenländischen Volksliedern und Solisten veranlaßt zusammen mit der Deutschösterreichischen Lieberlaus-Berlin am Sonntagabend, 21. Juni, ein Gesangsconcert im Ullap.

Die feindlichen Ehegatten. Um den Familienschmutz.

Unvergleichliche Familienverhältnisse lagen einer Anklage zugrunde, die gestern Frau B., die Gattin eines Sanitätsrates, wegen fahrlässigen Falschheidens vor das große Schöffengericht Berlin-Mitte führte.

Die Tochter der Frau B. war mit einem früheren Staatsanwaltschaftsrat F. verheiratet gewesen. Die Ehe gestaltete sich sehr unglücklich und sie verließ im Jahre 1919, wie der Ehemann als Zeuge behauptete, in Begleitung eines Hauptmanns a. D. E. ihren Ehe-

Große Protestkundgebung gegen völkische Mordpropaganda und Faschismus

am Dienstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr
im großen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide.

Redner: Reichstagsabg. Philipp Scheidemann-Kassel.

Arbeiter, erscheint in Massen! Denkt an die ermordeten deutschen Freiheitskämpfer! Denkt an den ermordeten italienischen Genossen Matteotti. Der Bezirksvorstand.

mann. Sie nahm dabei den Familienschmutz mit. Nun entspann sich ein erbitterter Kampf um die Wiedererlangung der Familienschand, die der Staatsanwalt zurückhaben wollte, weil es sich um wertvolle Familienandenken handelte. Er behauptete, daß er den Schmutz seiner Frau nur zum Tragen übergeben hätte. Da die Eigentumsverhältnisse aber im unklaren lagen, klagte er auf Rückgabe eines Geschenkes und erstritt auch nach langwierigen Zivilprozessen ein obliegendes Urteil. Als der Gerichtsvollzieher zur Pfändung kam, war der Schmutz verschwunden. Die Ehefrau, zum Offenbarungseid vorgeladen, erklärte, daß sie den Schmutz an das ihrer Mutter gehörige Geschäft, eine chemische Waschanstalt, verkauft hätte. Jetzt wurde die Mutter, die jegliche Angeklagte zum Offenbarungseid vorgeladen. Lange Zeit mußte sie sich der Eidespflicht zu entziehen, bis sie verhaftet wurde. Sie beschwor darauf, daß sie den Schmutz nicht besitze und auch nicht wisse, wo er sei. Der Staatsanwaltschaftsrat ließ aber nicht locker und die Ermittlungen ergaben auch, daß der Schmutz von Hauptmann E., der bei den Bischen Eheleuten wohnte und inzwischen auch in das Geschäft eingetreten war, in Lombard gegeben war, nachdem drei Etüde, teils nach München, teils nach Berlin verkauft worden waren. Von diesen Geschäften hatte die Angeklagte Kenntnis. Die Folge war die jegliche Anklage. Frau B. blieb vor Gericht dabei, daß sie nicht gewußt habe, was mit dem Schmutz geschehen sei. Sie entschuldigte sich wegen ihrer ungenauen Aussage damit, daß der Richter sie überraschend schnell verhört habe und daß der Eid ihr ohne feierliche Formalitäten abgenommen worden sei. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Latté war der Meinung, daß bei der gesellschaftlichen Stellung der Angeklagten deren Verhalten ganz besonders verwerflich sei und eine empfindliche Strafe verdiene, so daß er nicht Geldstrafe, sondern 4 Monate Gefängnis beantragte. Der Verteidiger bat die menschliche Seite des Falles zu berücksichtigen und wandte sich sehr scharf gegen den Ehemann der Frau F. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß Frau B. einen falschen Offenbarungseid geleistet habe, denn sie habe von dem Verkauf der Schmutterstücke gewußt; sie mußte den Verkauf bei ihrem Eide mindestens erwähnen. Vergehen gegen die Eidesleistung müßten scharf bestraft werden. Deshalb habe das Gericht nicht auf eine Geldstrafe erkannt, sondern die Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Bewährungsfrist wurde von dem Ergebnis der Ermittlungen abhängig gemacht, als Voraussetzung dieser Entscheidung wurde aber zur Bedingung gestellt, daß die Angeklagte bis zum 1. Oktober d. J. eine Buße von 5000 Goldmark zahle.

Nach Schluß der Sitzung kam es auf dem Flur des Gerichtsgebäudes vor dem Sitzungszimmer noch zu einer sehr erregten Szene. Die Berichtende fuhr wie eine Furie auf ihren gewesenen Schwiegerohn los, schiederte ihre Handtasche nach ihm und wollte ihm mit den Nägeln ins Gesicht fahren. Auch der Zeuge Hauptmann E. griff den Staatsanwaltschaftsrat lächlich an, so daß dieser sich vor weiteren Angriffen in den Gerichtssaal flüchten mußte, von wo er durch einen Nebenausgang das Gerichtsgebäude verließ, während die feindliche Partei noch lange vergeblich ihm am Haupteingang aufwartete.

Ein schwerer Autounfall.

In der Nähe des Kesselfalls überfuhr sich ein Automobil der großen deutschböhmischen Firma Schicht. Die Insassen kamen unter das Auto zu liegen. Dem Chauffeur Fischin, einem Wiener, wurde durch das Schutzglas des Automobils der Hals förmlich abgeschnitten. Eine Stange war durch die Brust gedrungen. Er war sofort tot. Der Reisende der Firma Schicht, Fischerbauer, erlitt einen Schädelbruch, seine Frau Rippenbrüche. Beide wurden in hoffnungslosem Zustande in das Spital gebracht.

Die Schiffskatastrophe bei den Lofoten.

Zu der großen Schiffskatastrophe bei den Lofoten, über die wir berichteten, trafen im Laufe des Tages nähere Einzelheiten in Christiania ein. Man weiß, daß außer den 17 Ertrunkenen noch weitere Menschenleben verloren gegangen sind, die sich noch nicht habe festgestellt lassen, da die Schiffsprotokolle des „Haakon Jarl“ untergingen. Es wurde alles aufgeboten, um die Passagiere zu retten. Kurz bevor das Schiff unterging, wurden alle alle Salons und Kojen auf Schlafende hin untersucht. Herzergreifende Szenen spielten sich ab. „König Harald“ blieb zwei Stunden auf der Unglücksstelle liegen und fuhr dann mit den Geretteten und Leichen

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 20. Juni.
Tageseintellung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
5.30—7 Uhr: Berliner Funkkapella (Unterhaltungsmusik).
7.30 Uhr: Vortrag des Herrn Max Osborn: „Griechische Volkstrachten“ (Balkanmoden). 8 Uhr: Vortrag des Herrn Oberbürgermeister Dr. Böt: „Berliner Turn- und Sportwoche“. 9—10 Uhr: Froher Abend. Frohe Lieder (Max Kuttner); Heitere Rezitationen (Ulrich Fr. Krolopp); Zithervorträge (Stephan Clemens); Operettenschlager (Käthe Mann). Am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Urack.

nach Bogoe. „Haakon Jarl“ war das älteste Schiff der „Norden Frachtdienst Dampfschiffahrtsgesellschaft“, deren Dampfer den roten Strich zwischen zwei weißen Ringen am Schornstein tragen und auch im Hamburger Hafen bekannt waren. Er maß 500 Tonnen und konnte 250 Passagiere aufnehmen.

Die Untersuchung der Iserlochner Bahnkatastrophe.

Zu dem Unfall auf der Kleinbahn in Obergrüne—Iserlohn am 17. d. M. teilt die Reichsbahndirektion Elberfeld als technische Aufsichtsbehörde über die westfälischen Kleinbahnen mit: Bei der Untersuchung des allerdings stark zerstörten Fahrzeuges konnten an der Bremsvorrichtung keine Schäden festgestellt werden, die die Betriebssicherheit zurzeit des Unfalls hätte in Frage stellen können. Die bei den Kleinbahnen vorhandenen Bremsen haben bislang zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben. In der Presse wurde erwähnt, daß die Benutzung der für die Zuführung der elektrischen Kraft verwendeten Rolle Anlaß zu dem Unfall gegeben habe. Die Verwendung der Rolle kommt aber für die Wirksamkeit der bislang sowohl bei den westfälischen Kleinbahnen u. a. als auch bei anderen Kleinbahnen vorhandenen elektrischen Bremsen nicht in Betracht. Ueber Ursache und Hergang des Unfalls ist eine Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnis abzuwarten sein wird.

Eine Getreidemühle niedergebrennt. In Löh bei Winterthur brannte die sogenannte Neue Mühle samt dem massiven fünfstöckigen Mühlengebäude nieder. Ein Feuerwehrmann wurde schwer verletzt, eine andere Person ist verbrannt. Man befürchtet, daß noch mehr Tote unter den Trümmern liegen. 300 Eisenbahnwagen Getreide wurden vernichtet.

Eine Kodenklode. Unter der Überschrift „Der Hauptmann von Worms“ wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: Der Bäcker Marthesheimer aus Worms, der nachts Dienste für die Wach- und Schließgesellschaft verrichtete, hatte einmal dazu die Uniform eines Hauptmanns der früheren preussischen Armee angezogen sowie Säbel mit silbernen Paratepe und eine Pistole umgehängt. Die französische Wache sah sich den gefährlichen Herrn Hauptmann näher an und nahm ihn fest. Das Kriegsgericht verurteilte Marthesheimer wegen verbotenen Uniformtragens und Waffenbesitzes zu 45 Tagen Gefängnis und 200 Goldmark Geldstrafe.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Kunstverein „Die Kunstfreunde“, Ortsgruppe Berlin, e. V. Als Mitteilungen müssen am Freitag in der Stadthalle die Sommerausstellungen in Empfang nehmen. — Abg. Oswald Strauß, Freitag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, Vortrag: „Schulbildung und Jugendberufshilfe“ im Gefängnis des Schloss-Boisums, Post, Ecke Bismarckstraße. Güte willkommen.
Verein der Arbeiter für Frauenbildung, e. V., Bes. V. Deutsche Arbeiter-Vereinigung am Freitag, 20. Juni, abends 7 Uhr, im Lokal „Königsplatz“, Große Frankfurter Str. 117. Thema: „Die Arbeit der Arbeiterin vor der Welt“. Referent: Adolf Hoffmann.
Schichtarbeiterverein. Öffentliche Versammlung am Freitag, den 20. Juni, in der Aula Kurfürstentempel in Mariendorf abends 7 1/2 Uhr. Ref.: Dr. Bittz.
Vereinigung sozialdemokratischer Kreise. Freitag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Vortragssaal des Hauptgeschäftsamtes, Fischerstraße 10, Gründungsversammlung der Vereinigung sozialdemokratischer Kreise. SPD-Genossen herzlich willkommen.
Deutscher Radio-Club e. V. Berlin, Ortsgruppe Köpenick. Geschäftliche Weller Gendarme, Berlin N. 66, Seestra. 115, Fernsprecher Amt Koobitz 4642. Am 22. Juni ist die „Ortsgruppe Köpenick“ des Deutschen Radio-Clubs e. V.“ gegründet worden. — Mitglieder dieses Bezirks wollen sich umgehend an obigen Geschäftsstelle melden.
Die Ortsgruppe Köpenick der vereinigten Verbände schweizerischer Oberlehrer veranstaltet ihr diesjähriges Sommerfest am Sonntag, den 21. Juni, im Garten „Wilmersdorfer Stadtpark“, Rauen-Wies 1/2, Sandstein und Fremde Oberlehrern herzlich willkommen.
Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß. Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer e. V. Kameradschaft Bismarckberg. Am Freitag, den 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, der Träger, Thüringendamm, 33, Ecke Rantstraße, Mitgliederversammlung. — Stellungnahme zur Rautenau-Fest. — Kameradschaft Charlottenburg. Am Sonntag, den 21. Juni, gemischtes Vorkommensfest mit Frauen. — Demokratische Vorträge und Konz. Lokal: Kasse am Wilhelmplatz, Spreestraße 10, oberer Saal. Beginn abends 8 Uhr. Republikaner als Gäste willkommen. — Kameradschaft Friedrichshain. Am Sonntag, den 21. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Schmidt's Gesellschaftshaus, Prudnitz, 26, Appel- und Instruktionsstunde.

Arbeiter Sport.

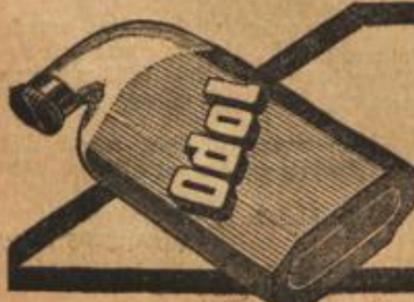
Wilmersdorf! gegen Köpenick-Berliner! 1. Sonntag, den 21. Juni abends 6 1/2 Uhr, haben obige Mannschaften sich zu einem freundschaftlichen Wettkampf auf dem Platz der freien Turnerschaft Wilmersdorf gemeldet. Da beide Vereine mit tüchtigen Mannschaften antreten, ist guter Sport zu erwarten. Gutmotigt Wilmersdorfer und Umgebend, unterstützt unsere Bemühungen. — Freie Kameradschaft Wilmersdorf, 1. Sport-Vbl. Sitzungen jeden Donnerstag auf dem Betzingsplatz, abends 8 Uhr.
Reichsarbeiter Sporttag. Für das Sportfest Köpenick und Umgebend. Der Reichsarbeiter Sporttag in Köpenick findet am 22. Juni auf dem Fußballplatz in der Auguststraße statt. Vormittags 8 Uhr Fußballturnier vom Kreisrat in Sponsoren. Nachmittags 1 Uhr Festzug. Abends: Fußballturnier. Nach Eintritten auf dem Festlich Begrüßungslieder der Umgebenden. Festrede, freundschaftliche und turnerische Vorführungen der Männer-, Frauen- und Kinderabteilungen. Regeln der Fußball- und Handballspiel. Sonderausstellungen der einzelnen Vereine. Fußball- und Fußballspiel. Von 6 Uhr ab im Lokal von W. Bockow Konz. Mitglieder von Vereinen haben in Sportkleidung zu erscheinen.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am 19. Juni 1924.

1. Rennen. 1. Bismarck (H. Wills), 2. Idealist R. (Ed. Sitzer), 3. Lady Victoria (B. Kraus). Toto: 21:10. Platz: 15, 22, 21:10. Ferner liefen: Hauptmann, Fred Willes jun., Gneri, Della, Diana VII, Blumelle, Heidemann, Margot I.
2. Rennen. 1. Gella (H. Schlenker), 2. Knicker (H. Schmidt), 3. Meister V. (H. Schlenker). Toto: 17:10. Platz: 13, 15, 24:10. Ferner liefen: Herkules, Kartenspiel, Baron Ruchaga, Rabot, Wettdam, Euban.
3. Rennen. 1. Ostermagna (Stops), 2. Armida I (M. Bauer), 3. Malinigin I (H. Wills). Toto: 44:10. Platz: 13, 12, 12:10. Ferner liefen: Balthasar, Valme I, Lu, Allegor.
4. Rennen. 1. Stella Dorf (Bühnenmeister), 2. Bildläge (D. Grube), 3. Adler (Zürgens). Toto: 15:10. Platz: 11, 12, 16:10. Ferner liefen: Ugl, Beschudel, Erzengel, Ostermagna.
5. Rennen. 1. King Batis (E. Schweizer), 2. Teufelsbart (H. Schlenker), 3. Erdmann (H. Hedert). Toto: 16:10. Platz: 12, 16:10. Ferner liefen: Stuart Webb.
6. Rennen. 1. Peter Hartweiser (D. Grube), 2. Döley B. (B. Hedert), 3. Prinzess Blä (H. Reumdt). Toto: 24:10. Platz: 12, 13, 13:10. Ferner liefen: Lindenbofer, Berit, Eingelicht, Omega.
7. Rennen. 1. Lebenslust (B. Kraus), 2. Dreifach Kavil (H. Ringlas), 3. Doris (H. Wills). Toto: 27:10. Platz: 14, 24, 18:10. Ferner liefen: Gharabe, Staatshöflein, Ludora, Morgenlone, Denkmäler, Flora.
8. Rennen. 1. Kymorid 3. (H. Wills), 2. Döfuss (H. Wills), 3. Harry B. (D. Würgens). Toto: 25:10. Platz: 18, 26, 47:10. Ferner liefen: Leithimm, Ouelle IV, Rebel, Ebbil, Falter, Tanna.

Wetter für Berlin und Umgebend: Warm und überlegend wolfig mit etwas Gemitterneigung bei schwachen Luftbewegungen. — Für Deutschland: In Ostdeutschland sehr warm, im Westen etwas kühler, überall etwas Gemitterneigung.



Was das Odol besonders auszeichnet vor allen anderen Mundreinigungsmitteln, ist seine merkwürdige Eigenart, die Mundhöhle nach dem Spülen gewissermaßen mit einer mikroskopisch dünnen, dabei aber dichten antiseptischen Schicht zu überziehen, die noch stundenlang nachwirkt. Diese Dauerwirkung, die kein anderes Präparat besitzt, ist es, die demjenigen, der Odol täglich gebraucht, die Gewissheit gibt, daß sein Mund sicher geschützt ist gegen die Wirkung der Fäulniserreger und Gärungstoffe, die die Zähne zerstören. Odol ist wirklich gut.



Jetzt muß jeder sparen!

Nicht nur im grossen, sondern auch im kleinen ist höchste Sparsamkeit geboten. Eine ewige Geldausgabe sind Schuhreparaturen, die manchem Familienvater, mancher Hausfrau stets neue Sorgen bereiten, denn Kinder zerreißen viel, und auch bei der Arbeit kann das Schuhwerk nicht immer geschont werden.

Leiser hilft sparen!

Bringen Sie noch heute Ihr reparaturbedürftiges Schuhwerk in eine unserer bekannten Verkaufsstellen. Wir haben für Berlin das alleinige Herstellungsrecht der berühmten

Vorwerk-Garantie-Besohlung

erworben, und wir bitten Sie, sich selbst zu überzeugen, dass Sie dabei nicht nur 40 bis 50%, billiger, sondern auch wesentlich besser wegkommen, denn die Vorwerk-Garantie-Besohlung ist bedeutend haltbarer. Ebenso gewinnt ihr neues Schuhwerk, ganz gleichgültig, wo Sie es gekauft haben, an Haltbarkeit, wenn die Vorwerk-Garantie-Besohlung als Schonbesohlung sofort angebracht wird.

Vorwerk-Garantie-Besohlung

ist eine Wohltat für alle, die beruflich viel unterwegs sind u. kostet

eine Herren-Besohlung mit Absätzen	2,95
eine Damen-Besohlung mit Absätzen	2,35
eine Knaben-Besohlung mit Absätzen	2,60
eine Mädchen-Besohlung mit Absätzen	2,25
eine Kinder-Besohlung mit Absätzen	1,90



Soll es so enden?

Eine Belehrung für alle, welche an Rheumatismus leiden.

Tausende von Personen können sich, wie der Mann auf unserem Bilde, nur mühsam vorwärts bewegen. Schuld daran ist fast immer ein „unheilbarer“ Rheumatismus der Gehwerkzeuge.

Warum sind diese Rheumatismen unheilbar? Einzig und allein, weil sie falsch behandelt werden, da die wahre Ursache gewöhnlich nicht richtig erkannt wird.

Diese Ursache besteht in 80—85 Prozent aller Fälle in einer scheinbar unbedeutenden Störung im Fußskelett, nämlich im Plattfuß und in seinen Vorstadien, der Senkung und Uebermüdung des Fußes.

Anfangs äußert sich die anatomische Veränderung durch Fußschmerzen (am Fußbogen, am Knist, unter den Knöcheln und an der Ferse) dann in scheinbarem Muskelrheumatismus (in den Waden, am Schienbein entlang, in den Hüften bis zum Kreuz hinauf, nächtliche Wadenkrämpfe und ischiasartige Schmerzen), außerdem in scheinbarem Gelenkrheumatismus (in Knie und Hüften).

In diesen Fällen ist natürlich durch Medikamente oder Babeluren nicht der geringste Erfolg zu erzielen. Nur allein die Beseitigung der Ursache durch Hebung und Wiederherstellung des Fußbogens kann den „statistischen“ Rheumatismus heilen.

Dazu dient die patentierte pneumatische Schuheinlage

Pneumette

welche den empfindlichen Fußbogen durch ein weiches Luftkissen, einen richtigen kleinen Pneumatik (daher der Name „Pneumette“) hebt.

Durch ihre Anwendung verschwinden solche „unheilbare“ Rheumatismen, welche jeder anderen Behandlung hartnäckig trotzen, gewöhnlich „wie durch ein Wunder“.

Die Pneumette kann in jedem Schuh unsichtbar getragen werden, ist federleicht und unverwüsthlich, auch beim stärksten Gebrauch.

Wir geben Ihnen ein Paar Pneumette kostenlos

8 Tage zur Probe.

Ueberzeugen Sie sich selbst! Beginnen Sie heute noch mit dem Versuch, bei dem Sie nichts riskieren, sondern nur gewinnen können. (Ist schmerzfreies Gehen nicht diesen Versuch wert?)

Leiser

Schuhhaus größten Stils

Kostenlose ärztliche Untersuchung in eigenen Röntgenstationen, Leipziger Straße 64 (11—2 u. 4—6) und Friedrichstraße 179 (11—1 u. 3—6). — Fußprüfung und unentgeltliche ärztliche Beratung in allen Leiser-Verkaufsstellen:

Leipziger Straße 64
Tautenzienstr. 20
Friedrichstr. 179
Königstr. 34
Moabit, Turmstr. 50

Neukölln, Bergstr. 7/8
Friedenau, Rheinstr. 14
Oranienstr. 34
Oranienstr. 47a
Müllerstr. 3a

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Rigoletto
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Tietland
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Candida
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Mein Kuckuck
Deutsch. Theater
Sommerzeit
Klein: Das auf dem
Täglich 8 Uhr:
Mist-Globetrotter

Volksbühne
7 1/2 Uhr: Pannone
Th. Admiralspalast
8 1/2 Uhr: Der König d. Jahre
10 Monate
am Theaterplatz
ist die große Revue
Drunter u. drüber
Deutsch. Opernhaus
7 1/2 Uhr:
zu ermäßigten Preisen
Die Zauberflöte
Intimes Th. 8 U.
Lauf doch nicht
immer nackt herum
Crépe Georgette

Metropol-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Letzte Vorstellung
Kareval der Liebe
Sommerpreise!

Tribüne 8 Uhr:
Doktor Stieglitz
Lobe — Morgan
Thalia-Theater
8 Uhr: Frasquita

Residenz-Th.
Blumenstr. 9
Tägl. 8 Uhr:
So ein Mädel
(Extemporale)
Lustspiel in 3 Akten
Königstr. 3418

U. Trianon-Th.
Somm.-Dir. R. Pirk
Ella Schwank
der Liebe
Olga Limburg

SOALIA

8 Uhr:
Internat. Varieté
Sonntag 3.30 zu
halb. Preisen das
volle Programm

Große Volksoper
im Theater
des Westens
7 1/2 Uhr: Zar und Zimmermann

Komische Oper
8:10: James Klein
Heute zum 50. Male
Der große Erfolg!

Die Prinzessin
Operette in 3 Akten von Walter Kolloff

Neue Welt
Arnold Scholz, Hasenheide 108-114

Täglich:
Konzert und Varieté-Vorstellung
Sonntag, den 22. Juni:
Großes Doppel-Konzert
und Varieté-Vorstellung
Gr. Ball
Jedes Mittwoch, Donnerstag,
Samstag und Sonntag:
Jedes Wochenende 3 Uhr
Sonntag 2 Uhr

Rose-Theater

8: D. Mustergatte
Gartenbühne 7 1/2
Durch Dick u. Dünn
Täglich 8 Uhr:
Stettiner
Sänger
Deutschland erwache!
Zum Schluß: Ein
Musikantentraum
Dönhoff-Brett!
Anf. 7 1/2, Sonnt. 3 U.
Gr. Varieté- Progr.

LUNAPARK

Heute
Volkstag
Brillant-Feuerwerk
KONZERT
Voller Betrieb auf allen Attraktionen
Eintritt 50 Pfennig

Herren-Bekleidung

= Ersatz für Maß =
Lieferung an Private zu Fabrikpreisen
Roupa, Bekleidungsfabrik,
Alexanderstr. 39/40,
Aufgang 4, 2 Tr.
Teilzahlungen gestattet.
Geschäftszeit 9—6 Uhr. [3923b]

ULAP

Wer am 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28. oder 30. Juni 1924 (1923) eine Eintrittskarte für
65 Pfennig
kann einen der folgenden Gegenstände erhalten:
1 fabrikneues „Alli“-Automobil, Phaeton.
1 fabrikneues „Alli“-Automobil, Sporttyp.
1 hocheleg. Spiccezin v. Emmiers Möbelfabr.
1 Cambra-Motorrad
(Dr. Karl M. Brandt, Motormarke G)
1 Schrankapparat mit Platten (Beil & Voss).
Die Festsetzung der Gewinner findet am 30. Juni 1924 unter
Aufsicht eines unparteiischen Komitees statt.
Die aufgeführten Gegenstände sind ab heute zur Verfügung
im Ulap ausgestellt.
Täglich ab 4 Uhr voller Betrieb.
10 Rapellen Feuerwerk und sämtliche Attraktionen.
Der Steyrische Liederkranz im ULAP
Der am Sonntagabend aus Osterreich in Berlin eintreffende
Steyrische Liederkranz, der berühmte Rössnerchor Osterreichs
mit den hervorragendsten österreichischen Volks-
sängern und Jodelern (120 Mann) und die Deutsch-Osterreichische
Liederfeste werden am Sonntagabend, den
21. d., im Ulap ein einmaliges Gesangsangebot geben (300 Mann).

WINTERTHEATER

Varieté-
Spielplan!
Rauchen gestattet!

Auf Teilzahlung

1/3 Anzahlung Rest in 12
Ratenraten
zu Badenpreisen kaufen Sie
elegante gutstehende
Herrengarderoben
Anzüge f. Straße u. Sport (einst.
mit 2 Hosen), Cui-tan u. Smoking,
Ledercoats u. Rareng-
Jackets, Imprägn. Gabor-
und Bogener Bodenmäntel bei
Albert Schenk
Königsplatz 127
Hof rechts, kein Laden.
Verkaufsstelle d. guten „Knoche“-
Gummimäntel und Bindfäden
Der gefaltete Gegenstand wird sofort bei
Belegung der Anzahlung mitgegeben.
Geschäftszeit 9—7 Uhr.

34 Mit seit 8 Jahren am getöhltem
Ausschlag mit
surchtbarem

Horst Juden

Durch
ein halbes Stück Zucker's
Patent - Modizinal - Seife
habe ich das Ubel völlig beseitigt.
H. S. Wally-Serg. Dazu Zuckoob-
Creme (nicht fettend und fetthaltig).
In allen Apotheken, Drogerien und
Parfümerien erhältlich

Wirtschaft

Die Krise in der Textilindustrie.

Die Kreditbeschränkungen der Reichsbank haben eine Hochflut von Zahlungsseinstellungen, Geschäftsaussichten und Konkursen in der Textilindustrie, hauptsächlich im Großhandel, ausgelöst. Der Auftragsbestand ist mangelhaft und bereits erteilte Aufträge werden in vielen Fällen annulliert. Diese Zuspitzung findet schon in Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen ihre Auswirkungen. Am schlimmsten sieht es in der Tuchindustrie aus; aber auch in den übrigen Textilbetrieben sind Kurzarbeit und Entlassungen angekündigt worden. Die Lausitzer Tuchindustrie in Spremberg, Forst und Guben ist im allgemeinen schon zur Kurzarbeit übergegangen; auch die Nachener Tuchindustrie ist schon seit langem schlecht beschäftigt. Aus Sachsen werden Entlassungen und Kurzarbeit gemeldet, in Crimmitschau arbeiten eine Anzahl Betriebe wöchentlich nur 3 bis 4 Tage. Schlesien berichtet von Betriebseinschränkungen aus Reichenbach, Bunzlau, Oberlangensielau usw. Auch im Grenz-Geraer Industriebezirk wird teilweise verkürzt gearbeitet. Dagegen ist die Baumwollindustrie noch voll beschäftigt. Es sollen Aufträge bis zum Herbst vorliegen. Jedoch wird befürchtet, daß, wenn die Kreditnot weiter anhält, auch sie zum Erliegen kommt und die erteilten Aufträge, soweit es Inlandsaufträge sind, nicht ausgeführt werden können.

Während der Inflation war der Binnenmarkt für Textilien wenig aufnahmefähig; dagegen kam das Ausland als Käufer in Frage. Nach der Marktstabilisierung verlief die Entwicklung in umgekehrter Richtung. Die entscheidenden Ausfuhrziffern (Fertigfabrikate) sind von Monat zu Monat gefallen. Dabei hat sich aber der Geschäftsgang seit Anfang des Jahres 1924 bis ungefähr in das erste Drittel des Mai hinein in aufsteigender Linie entwickelt. Der Inlandsbedarf war so groß, daß noch im Februar die März ungeheure Mengen Fertigfabrikate eingeführt wurden. Dabei wurde der Kaufkraft der Bevölkerung zuviel zugemutet; der steigende Auslandsabfall und die Kreditbeschränkungen gaben der Hochkonjunktur Frühjahr 1924 den Rest.

Am bedenklichsten ist der Rückgang der Ausfuhr, dessen Ursache in der hohen Preisgestaltung deutscher Textilergzeugnisse zu suchen ist. Die Preise für Fertigergzeugnisse deutscher Textilwaren liegen um 20, 30 und auch 40 Proz. höher als in dem für Deutschland in Betracht kommenden Konkurrenzgebiete. Daraus erklärt sich ja auch die Steigerung der Einfuhrziffern für Fertigfabrikate in den Monaten Februar bis April. Die hohen Textilpreise haben aber nicht nur die deutsche Handelsbilanz belastet, sondern auch deutsche Unternehmen veranlaßt, große Aufträge nach der Tschechoslowakei, dem Elsaß und der Schweiz zu vergeben, die zum Teil bis in den Herbst hinein die Textilindustrie dieser Länder mit Arbeit versorgen. Für die deutsche Wirtschaft ist das ein recht bedenklicher Zustand.

An der hohen Preisgestaltung selbst trägt zweifellos die Kartellwirtschaft ein gut Teil der Schuld. Es ist kein Geheimnis, daß die Preisaktionen der Textilindustrie die Kalkulationen auf die unrentabelsten Betriebe einstellen. Selbst Unternehmerblätter haben diese Tatsache wiederholt festgestellt. Ferner ist noch zu beachten, daß die Textilindustrie, namentlich die Tuchindustrie, technisch von den Konkurrenzländern überholt ist. Die Betriebe in der Tuchindustrie sind meistens in jeder Beziehung — technisch und betriebsorganisatorisch — rückständig. Neben anderen Branchen hat z. B. die Baumwollindustrie es versucht, technisch auf der Höhe zu bleiben. Ob dies in allen Fällen gelang, ist durchaus zweifelhaft. Einen besonderen Beitrag für das Kapitel überhöhter Textilpreise liefern weiter die enorm hohen Zinsforderungen. Auch der Zahlungszwang in Devisen, der auch von Firmen angewandt wird, die Devisen nicht bedürfen, verteuert arbeiten und deshalb gezwungen sind, sich Devisen zu Ueberpreisen zu beschaffen, was wiederum zu Ueberpreisen auf dem freien Markt zu führen. Selbst die legale Beschaffung von Devisen verursacht Speisen und besondere Ausgaben, die verteuern wirken.

Die Unternehmerpresse, vor allem die Fachpresse, schiebt die Schuld der hohen Textilpreise der Umsatzsteuer zu. Sie berechnen, daß die Steuern bis zu 15 Proz. des Wertes ausmachen. Die Umsatzsteuer beträgt aber nur in den seltensten Fällen bis zu 15 Proz. In der Regel beschränkt sie sich auf 2 bis 2 1/2 Proz., da durch die Umsatzsteuer nur das Ausgangsprodukt belastet wird. Das trifft auf mindestens 70 Proz. der Betriebe zu. Daß in der Umsatzsteuer nicht ganz und gar der Verteuerungsfaktor zu suchen ist, beweisen schon die überhöhten Preise in der Tuchindustrie. In dieser Industrie beträgt die Umsatzsteuer 2 Proz., da wir ihr vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat jede Arbeitsparte in ein und demselben Betrieb vereinigt ist.

Die Textilindustrie gebraucht zu ihrer Befriedigung neben normalen Verhältnissen auf dem Geldmarkt und technischen Verbesserungen hauptsächlich Einschränkung des Kartellungsungs, damit der Preisausgleich der freien Konkurrenz nicht durch Preisdiskrete unterbunden wird. Zu beachten ist ferner, daß die Weltmarktbasis für die Textilindustrie sehr verengt hat. Amerika, Japan, China und Indien haben in den letzten Jahren ihre Textilindustrien stark ausgebaut und sind für unsere Industrie eine schwere Konkurrenz geworden.

Bauhüttenberichte.

Gleichzeitig mit den zahlreichen Geschäftsberichten privatkapitalistischer Unternehmungen erscheinen jetzt auch die Jahresberichte einer Reihe sozialer Baubetriebe. Die Abschlüsse, aus denen wir nur wesentliche Einzelheiten veröffentlichen können, sind ausführlicher mitgeteilt in der Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft“, die vom Verband sozialer Baubetriebe herausgegeben wird. Uebereinstimmend spricht aus ihnen das Bestreben, die sozialen Baubetriebe als Keimzellen gemeinwirtschaftlicher Bauwirtschaft zu Musterbetrieben zu gestalten und mit möglichst geringen Betriebskosten vorbildliche Arbeit zu leisten. Man schreckt dabei auch nicht vor rückwärtsgerichtetem Selbstkritik zurück, wo der Erfolg den Erwartungen nicht entspricht. So berichtet die Bauhütte „Erz-

Armer Marx!



„Der da? Hat er Trompete geblasen? Nicht mal auf zwei Fingern hat er pfeifen können! Das war doch noch nur so'n Kleinbürgerlicher Sozialverräter!“

gebirge“ in Aue, daß der größte Teil seiner Mitglieder die eigenen Interessen von den Geschäftsinteressen nicht zu trennen vermocht habe. Diese Art der Selbstkritik ist gut und nützlich, wenn sie zu höherer Leistung anspornt. Daß sie gerade in dem vorliegenden Falle nicht von den an sich günstigen Geschäftsergebnissen — die Bauhütte konnte ebenso wie eine Reihe anderer Unternehmungen ihr Stammkapital und die aufgenommenen Darlehen in Goldmark aufwerten — beirren läßt, ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß man die Aufgabe der Bauhütten ernst nimmt und mit der größten Gewissenhaftigkeit an der Erreichung der Ziele arbeitet.

Dem steht auf der anderen Seite gegenüber, daß die Art der genossenschaftlichen Betriebsführung tatsächlich auf die Erfolge der Betriebe von großem Einfluß gewesen ist. So berichtet die Bauhütte „Leutoburg“: „Die Sicherheit, während des ganzen Jahres Arbeit zu haben, hat die Arbeitsleistung der Arbeiter und Angestellten aufs wohlthätigste beeinflusst.“ Die Materiegesellschaft Hamburg verzeichnet mit Befriedigung, daß die Unkosten des Betriebes hinter den Unkostenlösen, wie sie von der Hamburger Walerinnung festgelegt worden waren, stets zurückblieben. Trotzdem konnte dieses Unternehmen nicht nur ihrem Personal erhebliche materielle Vergünstigungen gewähren und auf die gründliche Ausbildung der Beihilfen, denen sämtliches Werkzeug unentgeltlich geliefert wird, besonders achten, sie konnte damit

auch ein Verständnis für die Notwendigkeiten der Gemeinschaftsarbeit bei ihrem Personal wecken, das alle Anerkennung verdient. In diesem Geschäftsbericht wird hervorgehoben, daß die gesamte Belegschaft für die Erhaltung des Betriebes großen Idealismus und viel Opfermut gezeigt hat. In der Zeit der großen Geldknappheit hat sie durch Darlehen, die allwöchentlich von dem Lohne eingezahlt wurden, den Betrieb hochgehalten und so gestellt, daß immer neue Aufträge hereingebracht und ausgeführt werden konnten. Dieser Geist verleiht den Erfolg tatsächlich stellt der Bericht fest, daß die Materiegesellschaft in Harburg den Kampf gegen die gemeinnützige Gesellschaft aufgegeben hätte, weil der Betrieb nach ihrer eigenen Aussage „doch nicht kaputt zu machen sei“. Auch die Produktiv-Baugesellschaft in Königsberg führt die erzielten Erfolge wesentlich darauf zurück, daß der größte Teil ihrer Arbeiter das rechte Verständnis für das Wohl des Betriebes hatte und an seiner Förderung Anteil nahm.

Überall ist man bestrebt, den Stand der Betriebsmittel auf die durch die kapitalistische Bautechnik gebotene Höhe zu bringen, die Arbeitsintensivität der kapitalistischen Betriebe jedoch noch zu übertreffen. So berichtet Königsberg, daß mit der wirtschaftlichen Betriebsführung verschiedentlich Erfolge gemacht worden sind. Die Mittelrheische Bauhütte in Nürnberg klagt darüber, daß ihr die Erfolge des Zieles, einen Musterbetrieb zu schaffen, und die dazu erforderlichen Baumschneid- und Lagermaschinen zu erwerben, durch Mangel an Mitteln noch sehr erschwert wurde. Andere Unternehmungen berichten von einer Erweiterung des Inventarbestandes. Die Erfolge der Bauhütten im Konkurrenzkampf mit privatkapitalistischen Unternehmern werden wiederholt gewürdigt. So konnte die Bauhütte „Rastenburg“ bei der Vergabe der Arbeiten für das Ostpreußenwerk 18 1/2 Proz. unter dem niedrigsten Unternehmerangebot bleiben. Die Bauhütte „Leutoburg“ in Bielefeld vermerkt, daß Privatunternehmer vor der Abgabe von Angeboten an den Geschäftsführer der Bauhütte die Frage stellen, ob sich die Bauhütte an der Verbindung beteilige, und daß sie ihm auf eine entsprechende Gegenfrage nicht antworteten: „Bei Nichtbeteiligung der Bauhütte könnte man höhere Preise fordern.“

Alles in allem ergibt sich aus den vorstehend gewürdigten Berichten das Bild erfreulichen Aufwärtstrebens bei den sozialen Baubetrieben. Sie sind in der Tat geeignet, die Privatbetriebe in schärfster Konkurrenz zu einer vernünftigen Preispolitik zu zwingen und so der Uebervorteilung der Allgemeinheit, die heute die Bauten bezahlt, einen Riegel vorzuschieben.

Die Handelskammern für die Reichsbankpolitik.

Die Spitzenorganisation der deutschen Handelskammern, der Deutsche Industrie- und Handelstag nahm auf einer Tagung in Stuttgart folgende Erklärung an:

„Der Deutsche Industrie- und Handelstag anerkennt mit rückhaltlosem Danke die Bemühungen der Reichsbank, die deutsche Währung stabil zu halten und bittet um unbedingte Fortführung einer auf dieses Ziel gerichteten Politik, unbeschadet der Notwendigkeit gewisser Änderungen in Einzelheiten der Kreditgewährung. Angesichts der großen Kreditnot von Handel und Industrie bittet indes der Deutsche Industrie- und Handelstag die Reichsbank, die Lage dauernd daraufhin zu prüfen, ob nicht ohne Gefährdung des obigen Zieles Erleichterungen gewährt werden können und dies zu tun, sobald es möglich ist.“

Daraus ging ein Referat des Vizepräsidenten der Reichsbank, von Blasenapp. Er wandte sich in der Hauptsache gegen die Vormürze, die in letzter Zeit im Anschluß an die Zunahme des Noten-

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner freies Haus Berlin.

Table with 3 columns of food items and their prices. Items include Gerstengraupen, Hafergrütze, Roggenmehl, Weizengrieß, Hartweizen, Speiseerbsen, Bohnen, Langbohnen, Linsen, Kartoffelmehl, Makkaroni, Makkaronimehl, Schnittmehl, Bruchreis, Rangoon Reis, Tafelreis, Ringapfel, Getr. Pflaumen, Pflaumen, Cal. Pflaumen, Rosinen, Sultaninen, Korinthen, Mandeln, Mandeln, Zimt, Kimmel, Schwarzer Pfeffer, Weißer Pfeffer, Rohkaffee, Röstkaffee, and Malzkaffee. Prices range from 16.25 to 185.00 Goldmark per Zentner.

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarde.

Advertisement for ZAHNCREME MOUSON. The text describes it as a refreshing, minty toothpaste with antiseptic properties that conserves the mucous membrane and freshens the breath. The brand name 'ZAHNCREME MOUSON' is prominently displayed in a stylized font.

Trotz der stark desinfizierenden, zahnsteinlösenden Eigenschaften ohne schädigenden Einfluß auf den Zahnschmelz. Die gründliche und mühelose Beseitigung des Zahnbelages ist augenfällig.

Umlauf erhoben worden sind und wies an Hand genauen Zahlenmaterials nach, daß der Steigerung des Geldumlaufs die nötige Zurückziehung des Umlaufs an kleinen Goldanleihestücken und außerdem eine Einschränkung des Notgeldumlaufs von 800 Millionen auf etwa 100 Millionen gegenüberstehen. Weiter führte er u. a. aus:

Der Gesamtumlauf an deutschen Zahlungsmitteln im Inlande hat Ende November 1923 rund 2068 Millionen, am 6. Juni 1924 2897 Millionen Goldmark betragen. Die Zunahme von rund 800 Millionen ist ein verhältnismäßig nicht zu hoher Betrag. Ein Anlaß, eine Entwertung, eine Inflation anzunehmen, liegt noch nicht vor. Der Wechselkurs hat sich merklich gebessert. Das Disagio, welches für die Mark an den Auslandsmärkten Mitte März 5 Proz. betrug und dann bis zum 7. April auf 12 Proz. stieg, ist jetzt verschwunden. Die Reichsbank hofft, daß sie auch für absehbare Zeit an der Vollzuteilung festhalten kann. Bei ihrer Politik ist die Reichsbank allerdings durch die ungünstige Kreditlage unterdrückt worden.

Auf die Kreditfrage übergehend betonte der Redner, nach einer negativen ausfallenden Untersuchung, Kreditmittel durch starke Abforderung von Rentenmarktkrediten von der Rentenbank und Erhöhung des Umlaufs von Reichsbanknoten zu beschaffen: „Wir haben so gut wie keine Mittel mehr. Eine gewisse Erleichterung der Lage, welche durch die nicht zu vermeidende Politik der Reichsbank für die gesamte Produktion hervorgerufen wird, brachte die Golddiskontobank. Insgesamt konnten kurzzeit etwa 16,5 Millionen Pfund der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden, von denen bis jetzt etwa 11 Millionen Pfund bewilligt und zugesichert sind. Derartige Hilfe können aber nur diejenigen erhalten, die Exportaufträge in der Hand haben. Auf Grund dieser Sachlage können wir hoffen, daß wir bis zur Neuordnung der Dinge, bis zu einer besseren und solideren Fundierung des Zahlungsmittelwesens, die Währung aufrechtzuerhalten vermögen. Es wird dabei zwar auf einen stärkeren Verkauf von Waren und auf einen gewissen Preisabbau hingewirkt werden müssen. Auf die Dauer können wir mit solchen Mitteln nicht helfen. Wir brauchen in reichem Maße Auslandskredite. Solche Kredite bekommen wir aber nie und nimmer vor Erledigung der Reparationsfrage. Deshalb ist das Reichsbankdirektorium einstimmig der festen Überzeugung, daß die grundsätzliche Annahme des Sachverständigenrats gutachten ist.“

Steuersenkung und Pfändung. Der Reichsfinanzminister hat einen Erlaß an die Landesfinanzämter gerichtet, dessen Zweck die erhöhte Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage einzelner von der Kreditnot schwer betroffenen Unternehmungen ist. Unter Wahrung der Interessen des Reiches, das auch weiterhin ebenso wie die Länder und Gemeinden auf regelmäßig fließende Steuereinnahmen angewiesen ist, kann im einzelnen Falle auf Antrag teilweise oder vollständige Stundung der Steuern auf einen beschränkten Zeitraum gewährt werden, wenn glaubhaft gemacht wird, daß Mittel nicht flüssig gemacht werden und wenn die Veräußerung von Betriebsmitteln entweder die Aufrechterhaltung des Betriebes gefährden würde oder nur zu Preisen erfolgen könnte, die so außergewöhnlich tief liegen, daß dem Steuerpflichtigen damit ein weit über die bezweckte Steuerbelastung hinausgehendes Opfer auferlegt würde. Auch eine Pfändung soll nur erfolgen, wenn die Gefahr einer Verschleuderung von Waren und einer Bedrohung des Betriebes nicht besteht.

Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement bei dem zuständigen Postamt so fort zu bestellen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Stadterordnetenfraktion. Eine wichtige Sitzung der Fraktion findet am Montag, den 23. Juni, abends 6 Uhr, im Rathhaus, Zimmer 109, statt. Alle Genossen müssen unbedingt wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erscheinen.

Die Genossen, welche sich auf dem Parteitag wider bestellt haben, werden hierdurch gebeten, diese umgehend von der Kasse des Sekretariats abzuholen.

Stimmzettel und Wahlplakate haben folgende Kreise noch nicht abgeholt: 2., 7., 9., 10., 15., 18. Abzuholen im Laufe des Tages vom Sekretariat.

1. Kreis Mitte. Elternbeiratswahlen. Plakate abholen bei Spiegel, Adenstraße 1.
4. Kreis Prenzlauer Berg. Letzte Freitag, 7 Uhr. Stimmzettel für die Elternbeiratswahlen abholen beim Gen. W. Hoffmann, Bodener Str. 2. (Verschiedene Schulen haben die Plakate noch nicht abgeholt.)
6. Kreis Kreuzberg. Das Zentralwahlbureau für den 6. Kreis befindet sich bei Köhler, Bergmannstr. 60, Fernsprecher: Worringplatz 18 126. Die Obleute werden gebeten, sich Stimmzettel und Wahlplakate am Freitag bis abends 7 Uhr beim Gen. D. Müller abzuholen.
14. Kreis Reinickendorf. Freitag (heute) 7 1/2 Uhr holen die Obleute der Abteilungen Stimmzettel und Plakate für die Elternbeiratswahl im Parteibureau, Redarstr. 3, ab.
20. Kreis Reinickendorf. Stimmzettel abholen sofort von der Vorwärts-Expedition Reinickendorf-Ost, Pringsstr. 36, das 2. Flugblatt und die Stimmzettel für die Elternbeiratswahlen ab. — Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Gruppe Schillerpark! Sonntag, den 23. Juni, Wanderung durch den Redner, Fahrgeld 30 W. Treffpunkt 7 Uhr Müller, Ede-Straße. Jeder Teilnehmer muß sich bis Sonntag mittag dem Leiter der Gemeinschaft, Kurt Beyer, Prinz Eugen-Str. 7, melden.
3. Kreis Wedding. Bezirksverordnetenfraktion! Sonnabend, den 21. Juni, 7 Uhr, Fraktionsitzung im Sitzungssaal. Benützung der Geschäftsordnung.
5. Kreis Elternbeirats. Sonnabend, 21. Juni, abends 6 Uhr. Ausgabe der Stimmzettel und Wahlplakate bei Wittkug, Preussburger Str. 3. — Sonntag im selben Lokal Kreiswahlbureau. Alle Wahlbeschlüsse sind dort sofort nach beendeter Wahl abzuholen.
7. Kreis Charlottenburg. Sonnabend, den 21. Juni, 6 Uhr im Jugendheim, Reichenstraße 4. Besprechung mit den Obleuten der Elternbeiratsabteilungen und Wohlfahrtsausstatter. Ausgabe des Wahlmaterials. Wahlbureau am Sonntag: Keimer, Wilmersdorfer Str. 21. Telefon: Wilhelm 1443.
16. Kreis Köpenick. Reinickendorf, Grünau, Friedrichshagen. Stimmzettel abholen sofort von der Vorwärts-Expedition, am Sonntag, den 23. Juni, 10 Uhr, an den Wahlstellen zu beteiligen und sich rechtzeitig in den Wahllokalen einzufinden. Oben: Zentralwahlbureau, Freiheit Str. 5. 1. u. 2. Gem.-Schule.

Wahllokal Nieboß, Wöggelheimer Str. 1. 4. und 5. Gem.-Schule: Wahllokal Seiger, Glendiner Str. 36. 6. und 8. Gem.-Schule: Wahllokal Schmeer, Kaiser-Wilhelm-Str. 100.

Elternbeiratswahlen. 17. Kreis. Elternbeiratswahlen. „Alte Schulaufbau.“ Zentralwahlbureau am Sonntag in der Mittelschule Warltstraße in der Zeit von 8-11 Uhr. Die Stimmzettel müssen am Freitag und Sonnabend beim Genossen Blatner, Trossener Str. 8, L. Stf. 4 Zc., abgeholt werden.

27. Kreis Spandau. (Arbeiterheim, Weichselstr. 20.) Die eingewählten Beiräte werden am 21. Juni, 8 Uhr, beim Gen. Tempel, Gubrunstr. 7, zur Rücksicht.

3. Kreis Wedding. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde! Gruppe Schillerpark. Jeden Montag und Donnerstag von 6-9 Uhr auf der Schillerwiese im Schillerpark Spiel und Volksmusik. Alle schulpflichtigen Kinder der Parteigenossen der Abteilungen 22 und 23 müssen sich daran beteiligen.

20. Kreis Arbeitermehlfabrik. Genosse Hübner spricht erst am Donnerstag, den 20. Juni, über soziale Hygiene.

Heute, Freitag, den 20. Juni:

25. Wkt. 7 Uhr bei Gott, Anhalterstr. 6, Flugblattverteilung.

28. Wkt. Stimmzettel abholen und Genossen treffen sich ab 6 Uhr bei Buch, Köpcke Str. 27, zur Flugblattverteilung. Die Obleute der in den Abteilungen liegenden Schulen werden gebeten, eine halbe Stunde früher zu erscheinen.

73. Wkt. Wamsler, 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Reichshaus“, Hauptstraße 26. Referent: Genosse Berndorf. Thema: „Reichsfinanzpolitik vom Parteitag.“

118. Wkt. Spandau. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Koth, Große Frankfurter Allee, Ede Gubrunstraße. Tagesordnung: Stellungnahme zur Neuwahl des Abteilungsverbandes.

Morgen, Sonnabend, den 21. Juni:

4. Wkt. Treffpunkt aller Genossen zur Teilnahme an der Sonnenwendfeier 8 Uhr im Hofgarten, Wilhelmstr. 10. Zur Wahlhilfe bei den Elternbeiratswahlen treffen sich am Sonntag alle Genossen früh 11 Uhr bei Richter, Steinmetzstr. 26.

42. Wkt. Stimmzettel abholen und Genossen treffen sich am Sonntag früh 8 1/2 Uhr zur Wahlhilfe bei Köhler, Bergmannstr. 60, ein.

48. Wkt. Sonnabend, den 21. Juni, abends 7 Uhr öffentliche Elternversammlung für die 4., 5., 12., 13., 23. Gemeinde- und 11. Hilfskreise in der Aula, Westerntorstr. 21. Ref.: Stuhlmann Dr. Witte.

14. Wkt. Reinickendorf. 8 1/2 Uhr Funktionärsitzung im Zimmer 36, Reinickendorf, 117. Wkt. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Köhler, Ede-Straße 32. — 119. Wkt. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Köhler, Ede-Straße 32. Tagesordnung: Stellungnahme zur Neuwahl der Abteilungsleitung.

121. Wkt. Köpenick. 7 Uhr Vorstandssitzung bei Kiehn, Weideweg 1. Stellungnahme zur Vorstandswahl.

122. Wkt. Wedding. 7 1/2 Uhr Turnhalle der Schule am Behnhof, öffentliche Elternversammlung. Vortrag: „Die Aufgaben und die Bedeutung der Elternbeiratswahlen.“

123., 124. und 125. Wkt. Köpenick. 8 1/2 Uhr im Restaurant Sanssouci in Reinickendorf Frauenabend. Kaffeelächeln, musikalische Unterhaltung, Vorträge, Tanz. Eintritt 30 W.

Jugendgruppen, Gruppe Wannsee (und U.S.). Treffpunkt zur Sonnenwendfeier um 7 Uhr am Bahnhof Rauen.

Jugendveranstaltungen.

Abteilung, heute, Döber-Kaulerstr., pünktlich 8 Uhr, im Jugendheim, Eidenstraße 3. Alle Abteilungen müssen ihre Deputierten senden.

Heute, Freitag, den 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr:

Wilmersdorf: Jugendheim, Bismarckstraße 12, Vortrag: „Reformbewegung.“ — Charlottenburg: Jugendheim, Köpenicker Str. 4, Vortrag: „Soz. Weltanschauung.“ — Köpenick: Schule, Joachim-Friedrich-Str. 35: „Erdbeer-Abend.“ — Silesische: Babenhaus, Bismarckstr. 64: „Erdbeer-Abend.“ — Köpenick II: Schulstr. 21: „Erdbeer-Abend.“ — Köpenick II: Katholische Schule am Stephansplatz, Vortrag: „Warum feiern wir Sonnenwend?“ — Reinickendorf: Jugendheim, Regattstr. 36, Vortrag: „Die französische Revolution.“ — Kirchliche: Schule, Bismarckstr. 60: „Reichstagsfeier.“ — Steglitz II: Jugendheim, Polheimstraße 3, Vortrag: „August Bebel.“ — Reinickendorf: Reinickendorf, Köpenicker Str. 23, Vortrag: „Sport und Körperpflege.“ — Köpenick: Köpenicker Str. 1, Vortrag: „Sport und Körperpflege.“ — Köpenick: Köpenicker Str. 1, Vortrag: „Sport und Körperpflege.“ — Köpenick: Köpenicker Str. 1, Vortrag: „Sport und Körperpflege.“

Enorm herabgesetzte Preise

früher ~~16⁵⁰~~ jetzt **10⁹⁰**

früher ~~18⁵⁰~~ jetzt **12⁵⁰**

früher ~~16⁵⁰~~ jetzt **10⁹⁰**

Herren braun Ia Boxcall-Schnürschuhe
moderne spitze Form

Damen braun Ia Rindbox-Haferschuhe
echt gedoppelt, mit durchgehender Zwischensohle

Damen braun Ia Boxcall-Spangenschuhe
mit Schiebesechelle, spitze Form, amerikanischer Absatz

Bottina

Schuh - G. m. b. H.

Alle Schuhe u. Stiefel

in größter Auswahl
bis 40% ermäßigt

Verkaufsstellen
in vielen Städten

In Berlin: Oranienstraße 29, Kleiststraße 22, Turmstraße 78, Brunnenstraße 13. Neukölln: Berliner Straße 43

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Die Sitzung der mittleren Verwaltung fällt am Freitag, den 20. Juni 1924, aus.
Die Ortsverwaltung.

Zurück
Dr. Bruno Feilchenfeld,
Kinderarzt, Neue Königstr. 4

Besonders wirksam sind die
in der Gesamt-Auflage billiger!
des Vorwärts und trotzdem



Möbellfabrik Rob. Seelisch, Berlin O, Rigaer Str. 71

Günstiges Angebot in kompletten Wohnungs-Einrichtungen

1 eich. Schlafzimmer komplett, sowie 1 Anrichteküche ..	600	1 eich. Schlafzimmer 1 eich. Speisezimmer 1 Anrichteküche ..	1100	1 eich. Schlafzimmer 1 Speisezimmer 1 Heranzimmer 1 Anrichteküche ..	1600
---	-----	--	------	---	------

Besuch lohnend. Geschäftszeit von 6-7 Uhr.

Bier her

Herstellung für den Hausbedarf mit „Braukraft“, den natürlichen Bierbrauereier Hopfen und Malz, ist ein uralter Brauch und bringt enorme Erträge. Das hausgebraute Flaschenbier ist gesundlich, nahrhaft und durch hohen Rohrzuckergehalt von präzisierender Frische. Die erste Bierprobe ein Ereignis! Ein Versuch und man bleibt dabei. Man nehme zur „Braukraft“, dann gutes Gelingen gesichert. In Amerika längst familliar. Originalpackungen für Braunbier M. 0,60 u. Doppelbier M. 0,90 in Drogerien u. Apotheken erhältlich. Weinbierhersteller Otto Reichel, Berlin 43, SO., Eisenbahnstr. 4

Die Konkursmasse der Herrenkleider-Fabrik a. g. bestehend aus **Herren-Konfektion** erstkl. Verarb., modern. Farb. u. elegant. Formen
sowie Stoffen für Anzüge und Ulster wird einzeln **Breite Str. 29, Hof 1 Treppe verkauft.** Der Konkursverwalter Schmidt.

Verkauft 9 bis 7 Uhr zirkla 300 Sacco-Anzüge G.-M. 38.— Einige Beispiele: zirkla 500 Hosen, Breeches und lange von G.-M. 5.— an Verkauft 9 bis 7 Uhr